

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Das Orakel von Delphi

In alten Zeiten glaubten die Menschen, daß die Götter durch ihre Priester, wenn man ordentlich etwas springen ließ, die Zukunft vorhersagen ließen, und die Priester, die solchen Glauben eifrig pflegten, weil sie allein aus den dargebrachten Opfergaben Nutzen zogen, hatten die Sache in ein raffiniertes System gebracht. Orakel nannte man die Weisheitssprüche, die sie den Ratsuchenden mit auf den Weg gaben, und der gleiche Name übertrug sich auf den Ort und den in der Regel dort erbauten Tempel. Eines der berühmtesten Orakel des Altertums befand sich zu Delphi in Griechenland. Dort benutzten die Priester für ihre Zwecke ein hysterisches Frauenzimmer (mit dem amtlichen Titel Pythia). Diese setzte sich, wenn Ratsuchende kamen, auf einen dreifußigen Schemel, der über einem Erdsplatt aufgestellt war, woraus Schwefel- und andere Dämpfe emporströmten. Man kann sich denken, wie das ihre angeborene Verrücktheit steigerte. Nun trug der Fremdling sein Ansuchen vor, und darauf stammelte die Pythia in ihrer Verzücktheit und im Rausch der sie umwogenden Dämpfe ein paar zusammenhanglose Redensarten, die die dabeistehenden Priester sofort aufgeschrieben und hinterher zu einem Orakelspruch verarbeiteteten. Der Spruch aber — darin bestand der Trick — war immer so abgefaßt, daß er auf alle Fälle paßte, ganz gleich wie die Sache nachher ausging, so daß das Orakel immer Recht behielt. Als sprechendes Beispiel ist folgender Fall aufbewahrt:

Der durch seinen Reichtum berühmte König Krösus aus Kleinasien wollte einen Krieg gegen Persien unternehmen und schickte zuvor eine Gesandtschaft nach Delphi, das Orakel zu befragen. Er bekam den Spruch: „Wenn Krösus den Krieg beginnt, wird er ein großes Reich zerstören.“ Das deutete er natürlich günstig, brach los, wurde geschlagen, gefangen, entthront. Das Orakel über wusch sich die Hände: Wir haben ja nicht gesagt, welches Reich Krösus zerstören wird, es war halt sein eigenes!

Warum wir das alles hier erzählen? Was es uns als Gewerkschafter angeht? Die Priester von Delphi sind noch nicht ausgestorben. Die Diplomaten von heute treiben es noch genau so, und mißbrauchen dabei nicht einmal ein verrücktes Frauenzimmer.

Am 27. April schickten die drei Spitzenverbände der Gewerkschaften eine Abordnung zum Reichsarbeitsminister Stegerwald — selbst ein Gewerkschafter —, ihm ihre Sorgen zu klagen wegen der neuen Angriffe auf die Arbeiterversicherung. Es sei doch allgemein bekannt, daß die Renten schon jetzt nicht zum notdürftigsten Lebensunterhalt reichen und daß heute der Rentner auch kaum noch von seinen Verwandten unterstützt wird, weil die selbst nichts mehr haben. Unmöglich dürften da die Bezüge der Rentner noch mehr verringert werden, und die Gewerkschaften bitten den Minister, kräftig den neuen Angriffen entgegenzuwirken.

Was antwortete die Pythia — Verzeihung, der Herr Minister? — Er hielt eine längere Rede des Inhalts: ihn werde niemand durch „überspitzte Kritik“ auf eine „un-

soziale Lage“ abdrängen; der Knappschaftsversicherung werde er „durch geeignete Maßnahmen“ zunächst für ein Jahr helfen. Für die Invalidenversicherung „lägen allerdings bestimmte Pläne noch nicht vor“. Wegen der Arbeitslosenversicherung könne er dem Gutachten der Brauns-Kommission nicht vorgehen. Im übrigen aber könnten die Gewerkschaften überzeugt sein, daß er in der Versicherung, sowie auch im Tarif- und Schlichtungswesen

das zu halten suche, was bei der heutigen Finanz- und Wirtschaftsnot überhaupt gehalten werden könne. O heilige Pythia! Und das hat der Herr Arbeitsminister ganz ohne Schwefel- und sonstige Dämpfe fertig gebracht.

Also, ihr Gewerkschafter, seid zufrieden und geht nach Hause. Herr Stegerwald, der einstmalige Schreiner-gesell und Klassengenosse, rettet euch von den Renten usw. soviel, „wie überhaupt gerettet werden kann“. — Wieviel das ist, ja, das weiß er natürlich nicht und darüber sagt er auch nichts. Ganz wie das Orakel zu Delphi dem König Krösus nicht sagte, welches Reich zu Grunde gehen werde.

Inzwischen haben wir bereits erfahren, um was für Summen es geht. Wie der Sozialdemokratische Pressedienst meldet, wird eine Kürzung der Renten um nicht weniger als 30 vH verlangt! Es soll sogar geplant sein, dies einfach durch eine Reihe von Notverordnungen zu besorgen, ohne auch nur den Reichstag zu befragen. Herr Brüning will die Zeit, für die sich der Reichstag vertagt hat, gründlich ausnutzen. Was wird demgegenüber der „Retter“ Herr Stegerwald tun? Wird er, wenn alles vorbei ist, sich brüsten, daß er 70 vH der Renten „gerettet“ hat? Heutzutage bekommt im Durchschnitt der Invalidenrentner 36,40 M im Monat, die Arbeiterwitwe 22,44 M und das elternlose Arbeiterkind 14,48 M.

Man reibt sich die Augen, wenn man diese Zahlen liest. Wird einem Menschen in unserm „gesitteten“ Lande wirklich zugemutet, davon zu leben? Während der Generaldirektor von Siemens 66 660 M im Monat bekommt!

Tor, wer daran zu zweifeln wagt. Es wird den Rentnern nicht nur das zugemutet, es wird ihnen sogar zugemutet, davon noch 30 vH zu entbehren! Der Herr Goetheim, der auch mal bei uns Minister war, hat herausgefunden, daß die Bezüge der Rentner vor fünf Jahren noch kleiner waren, und daß sie seitdem stärker gestiegen sind als die Kosten des Lebensunterhalts. Folglich ist doch klar wie die Sonne, daß man dem Invalidenrentner 11 M, der Witwe 6,75 M und jedem Waisenkind 4,35 M monatlich abknapsen muß. Damit die Generaldirektoren und ihresgleichen nicht mehr so hohe Steuern zu zahlen brauchen.

Vielleicht äußert sich dazu einmal der Herr Arbeitsminister Stegerwald, aber bitte, ohne orakelhafte Umschweife. Ibykus.

Und an solchen hat es den Kommunisten wahrhaftig nicht gefehlt. Die Niederlagen sind besonders dort auffällig, wo die Kommunisten oder ihre RGO in jüngster Zeit einen Streik angeordnet hat. Dort haben sie außergewöhnlich viele Stimmen eingebüßt — und die Nazis haben außergewöhnlich viel Stimmen gewonnen. Davon weiß natürlich die kommunistische Presse nichts.

Durch die bedeutend größere Zahl von Kandidatenlisten haben die Kommunisten allerdings mehr Stimmen und Mandate als voriges Jahr bekommen. Andererseits haben sie dort, wo sie voriges Jahr Erfolge buchen konnten, beträchtlich an Stimmen und Mandaten verloren. Das gilt insonderheit für die Metallindustrie. Auch die Kommunisten haben, allgemein gesprochen, den Besitzstand der freien Gewerkschaften an Stimmen und Mandaten nicht zu beeinträchtigen vermocht. Dies wird noch einwandfrei bestätigt werden, wenn die Ergebnisse der Wahlen aus dem ganzen Reiche zahlenmäßig vorliegen.

Trotz des wilden Ansturms von rechts und links, trotz maßloser Verleumdung und Entstellung, trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit steht die freigewerkschaftliche Burg unerschüttert da. Das ist eine unbestreitbare Tatsache, die durch diese Betriebsratswahlen aufs neue dargetan wird.

Sturmzeichen

Seit Monaten hallt es in der gesamten Arbeiterbewegung wider: Mehr Aktivität! Die Hitlergarden wählten schon, sie ständen unmittelbar vor der Machtergreifung. Da setzte der Kampf der sozialistischen Arbeiterschaft mit Macht ein, und — wieder einmal — waren sie die Retter des Staates. Denn ihr entschlossener Kampf mit den Zersetzungserscheinungen im Lager der Faschisten läßt jetzt schon erkennen, daß der Zeitpunkt der Machtergreifung verschoben werden mußte. Hitler selbst setzte nun das Jahr 1941 als Siegesjahr fest.

Man sollte nun meinen, daß der Arbeiterschaft für ihre musterhafte Haltung, für ihren leidenschaftlichen Kampf gegen die Staatszerstörer, von eben diesem geretteten Staat ihre Rechte nicht mit Füßen getreten würden. Was aber müssen wir erleben? Dieselbe Republik, für deren Bestand die organisierte Arbeiterschaft ihr Leben wiederholt einsetzte, zeigt nicht einmal den ernsthaften Willen, den wahrhaftig nicht sehr hoch bemessenen Daseinsmindestsatz der Arbeiter zu schützen. Finstere Mächte sind nämlich wieder in verstärktem Maße am Werk, einen neuen Abbau der Löhne und Gehälter einzuleiten. Den Reichstag hat man nach Hause geschickt, um bei diesem sauberen Werk nicht gestört zu werden.

Im Mittelpunkt aber aller innerpolitischen Auseinandersetzungen steht die Sozialpolitik, und als ihr Kernstück die Arbeitslosenversicherung, die den Reaktionen ja von jeher ein Dorn im Auge war. Die Arbeitslosenversicherung ist bekanntlich vom Reichshaushalt „abgehängt“. Das Reich hat nach den Verordnungen vom vorigen Jahr keine Verpflichtung mehr, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung irgendwelche Zuschüsse zu leisten, wie dies früher im § 163 vorgesehen war. Inzwischen ist die Arbeitslosenziffer auf 5 Millionen angewachsen gewesen, und die saisonmäßige Entlastung ist verhältnismäßig so gering, daß mit einer sehr hohen Durchschnittszahl im laufenden Jahre gerechnet werden muß. Das hat zur Folge, daß die Reichsanstalt mit ihren laufenden Einnahmen mit dem besten Willen nicht auskommen kann.

Es gehört nun nicht sehr viel Witz dazu, sich auszurechnen, was nun kommen wird. Nämlich: Da der Kapitalismus selbst keinen Ausweg aus der Sackgasse findet, in die er sich verrannt hat, soll eben die Arbeiterschaft einmal mehr herhalten. Erst kommt der landweite Lohnabbau, von dem wir jetzt die zweite Auflage beschert bekommen, und dann gehts an die Unterstützungssätze derjenigen, die nach Ansicht der Reaktionen den Hungerriemen noch etwas enger schnallen können.

Die Regierung, von der Sozialdemokratie in dem guten Glauben geduldet, daß die Arbeiter für ihre staatsretterischen Opfer zum mindesten nicht mit Stockschlägen auf den Magen belohnt werden, hat zwar Geld in Fülle für Osthilfe, Panzerkreuzer und sonstige Überflüssigkeiten, aber für die Arbeitslosen soll nichts mehr übrig sein. Herr Brüning hat zwar eine Kommission eingesetzt zur Prüfung der Arbeitslosenfragen. Wer aber glaubt, daß diese Kommission positive Vorschläge herausbringen wird zur Bekämpfung der Arbeitslosennot, der wird sein blaues Wunder erleben. Die ersten Verlautbarungen lassen darauf schließen, wie die Gewerkschaftszeitung (Nr. 15) schreibt, daß man den Pelz waschen will, ohne ihn naß zu machen. Etwas anderes war von vornherein schon nicht zu erwarten. Viel wahrscheinlicher ist aber, daß die Unterstützungssätze der oberen

Ausfall der Betriebsratswahlen

Die freigewerkschaftliche Burg nach wie vor unerschüttert

Die diesjährigen Betriebsratswahlen sind als das Barometer der politischen Gesinnung der Arbeiterschaft, oder auch als das Barometer des Wandels ihrer Gesinnung seit dem 14. September 1930 bezeichnet worden. Diese Kennzeichnung ist so uneben nicht. Sehen wir nun einmal, was der Barometer besagt. Zwar sieht noch eine Reihe von Betriebsratswahlen aus, aber diese können an dem Gesamtbild des Ergebnisses nichts mehr ändern.

Diese Betriebsratswahlen waren gekennzeichnet durch außerordentlich starke Anstrengung der Radikalen von rechts und links. Die Nationalsozialisten wie die Kommunisten haben ihr Möglichstes, und das will gewiß etwas sagen, verübt, um ihre Stimmenzahlen zu mehren. Die einen beteiligten sich zum ersten Male auf der ganzen Linie an den Wahlen, die andern traten in sehr viel mehr Fällen mit eigenen Listen auf. Und die Wahlagitation beider, der Faschisten wie der Bolschewisten, wurde mächtig begünstigt durch die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit mit dem Lohnraub und einer ungeheuren Mißstimmung der Arbeiterschaft. Die Verhältnisse waren also den radikalen Elementen bei diesen Betriebsratswahlen über alle Maßen günstig. Wenn je, dann hätten sie dieses Mal außerordentlich große Erfolge erlangen müssen. Sehen wir nun zu, wie es damit steht. Die Prüfung sei in aller Unvoreingenommenheit gemacht, weil uns freien Gewerkschafter alles an der Kenntnis des wirklichen Sachverhaltes liegen muß.

Beginnen wir mit den Nationalsozialisten. Auf ihren Listen hatten sich die verschiedensten Kostkinder des Unternehmertums, die Gelben, Werksfriedlichen, Stahlhelmer und Faschisten vereinigt. Ihnen hat es an der Gunst, der offenen Hand und dem heißen Glückwunsch ihrer Nährväter nicht gefehlt. Was sie an Wüchheit gegen den „Marxismus“, das heißt, gegen die ehrliche Arbeiterschaft zu leisten vermochten, haben sie geleistet. Und das Ergebnis? Nun, in einigen Gewerben oder Betrieben haben sie nennenswerte Erfolge zu verzeichnen, dies besonders dort, wo ihnen durch die „revolutionäre Gymnastik“ der Kommunisten vorgearbeitet worden ist. So in den Bergbaubezirken der Ruhr, Ober-Schlesiens und Mitteldeutschlands und einer Anzahl Industriebetriebe. Im großen und ganzen aber ist der Ansturm der

Faschisten auf die Betriebsvertretungen gescheitert. Eine ihnen geneigte Schätzung gibt ihnen 2 vH der gesamten Betriebsratsmandate. Diese Schätzung geht jedoch, wenn unser Überblick nicht ganz täuscht, weit über die Tatsächlichkeit hinaus. Wie günstig immer man den Wahlausfall für die Nationalsozialisten deutet, er ist überaus kläglich. Die Tatsache steht bombenfest, daß sie nur einen äußerst winzigen Teil der Arbeiterschaft zu ködern vermocht haben. Die ehrliche Arbeiterschaft hält sich ihnen fast völlig fern.

Die Kommunisten haben ebenfalls die größte Anstrengung gemacht, die Betriebsvertretungen zu erobern. Zum Unterschied von früher haben sie dieses Jahr in einer möglichst großen Zahl von Betrieben eigene Listen aufgestellt, und zwar im ganzen Reiche 3500. Natürlich wurden nur solche Betriebe mit „Roten Einheitslisten“ beglückt, wo die Kommunisten von vornherein auf einen Erfolg glaubten rechnen zu dürfen. Die 36 000 oder 37 000 anderen Betriebe konnten sie wegen Ausichtslosigkeit nicht reizen. Die Bezeichnung „Rote Einheitslisten“ haben diese untadeligen Revolutionäre deswegen gewählt, um auf ihnen Kommunisten, Werksfriedliche, Christen, Unorganisierte, Nazis, Stahlhelmer usw. zu vereinen. Ob dieser Trick genützt hat? Wenn so, dann müßten die kommunistischen Stimmenzahlen mit viel Vorsicht genossen werden, weil sie ja das Sammelsurium von Krethi und Plethi darstellten.

Wie den Nationalsozialisten, so kam auch den Kommunisten die Wirtschaftskrise mit dem Lohnraub, der Kurzarbeit und die allgemeine proletarische Mißstimmung trefflich zustatten. Die furchtbare Lage, in der sich das arbeitende Volk zurzeit befindet, haben die Kommunisten gleichfalls weidlich ausgenutzt. Die Dreckschleuder haben sie eher noch fleißiger gegen die freien Gewerkschaften geübt, wie die Faschisten. Und der Erfolg?

Wer seine Kenntnis allein aus der kommunistischen Presse schöpft, der muß zu der Meinung kommen, die Kommunisten hätten dieses Mal so ziemlich überall gewaltige Siege errungen. Denn die kommunistischen Zeitungen waren Tag für Tag mit Siegen gefüllt. Die Niederlagen haben sie freilich verschwiegen.

Aus dem Inhalt

	Seite
Das Orakel von Delphi — Ausfall der Betriebsratswahlen	145
Sittliche Erneuerer — Neuer Anschlag der Schwerindustriellen	146
Der selbststeuernde Anhängerwagen — Unsere Antenne im Sommer — Filmzensur und Filmkuriosa	147
Die Stütze von Neuseeland — Das Leben der Marie Szameitat	148
Betriebsunfälle und Berufskrankheiten — Unfälle durch Karabinerhaken — Gegen den Gesundheitspaß	149
Her mit der 40-Stunden-Woche! — Vom Vorstand	150
Der Feudalismus in Spanien — Soziale Verhältnisse in Palästina	151
Jugendliche Wanderer — Anzeigen	152

Lohnklassen abgebaut werden. Vielleicht werden auch einzelne Arbeitergruppen, die ein zu großes Risiko für die Versicherung bilden, ganz herausgenommen. Denn eine weitere Beitragserhöhung wird wohl kaum von den Unternehmern genehmigt werden. Auch in Arbeiterkreisen bestehen starke Bedenken gegen eine weitere Belastung des Einkommens.

So ist also mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Arbeiter wieder einmal die Dummen sind, — wie sie es schon immer waren. Allein, es könnte auch einmal der Zeitpunkt kommen, wo die Geduld aufhört. Wo die Arbeiterschaft erklärt: bis hierher und nicht weiter! Wir sind zum Schutze der Republik bereit, aber sie darf nicht Schindluder mit uns treiben. Wo die Arbeiterschaft ihren Führern aber auch die Parole zurückgibt: Mehr Aktivität gegenüber der Reaktion! Wo bleibt der Schutz der Arbeitskraft!

Außerdem: Hat man denn immer noch nichts gelernt aus den Erfahrungen der letzten Jahre? Weiß man an den maßgebenden Stellen immer noch nicht, daß mit solchen Maßnahmen nicht nur dem Radikalismus die Hasen in die Küche gejagt werden, sondern daß auch der volkswirtschaftliche Sinn der Arbeitslosenunterstützung zunichte gemacht wird? Denn jeder Abbau bedeutet weiteren Schwund der Kaufkraft und damit keine Besserung, sondern im Gegenteil eine Verschlechterung der Lage, eine Verschlimmerung des Krisenzustandes. Es ist allerhöchste Zeit, daß endlich etwas Positives geschieht. Auch die Gewerkschaftszeitung schließt ihren Aufsatz (in Nr. 15) mit dem folgenden Satz: „So kann der Tanz losgehen. Es liegt uns daran, der Reichsregierung an dieser Stelle noch einmal und mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß die Gewerkschaften jeden weiteren Einbruch in den Arbeitslosenschutz mit aller Entschiedenheit ablehnen.“ L. L.

Zu viel Brot!

Die in Rom stattgefundene Weltgetreidekonferenz kann als der Ausdruck der heutigen Zustände gewertet werden. Die Konferenz war von allen wichtigen Staaten des Erdballs mit Einschluß Sowjetrußlands besucht. Die Vereinigten Staaten waren diesmal wegen einer Verärgerung fern geblieben. Im Vordergrund der Beratungen stand die Frage der Überproduktion. Wie außerordentlich die Getreideerzeugung gestiegen ist, geht aus folgenden Zahlen hervor: In den zurückliegenden fünf Jahren betrug die Weltgetreideernte im Durchschnitt 960 Millionen Doppelzentner gegen 822 Millionen Doppelzentner im letzten Vorkriegsjahrfünft. Die Getreideerzeugung ist also um rund 17 vH gestiegen, während die Bevölkerung der Welt nur eine Zunahme von 13 vH verzeichnet. Da auch aus den Geschmackswandlungen und anderen Gründen der Getreideverbrauch je Kopf von 65,9 kg auf 63,2 kg zurückgegangen ist und viele Menschen verurteilt sind, trotz der gewaltigen Überproduktion sich nicht sattessen zu können, müssen naturgemäß die Vorräte gewaltig anschwellen.

Die Vorräte in den wichtigsten Exportländern Kanada, Vereinigte Staaten, Argentinien und Australien betragen im letzten Jahre 114 Millionen Doppelzentner gegen 50 Millionen Doppelzentner 1927. Auf der Konferenz wurde stark Stimmung dafür gemacht, dieser Vorratsbildung mit einer Einschränkung der Produktion zu begegnen. Dies wurde jedoch abgelehnt und eine neue Tagung auf den 18. Mai festgelegt, wo über die Verteilung der Vorräte und zukünftigen Ernteüberschüsse beraten werden soll. Diese Konferenz soll in London stattfinden. Ein kritischer Teilnehmer meinte, daß wenn der Brotverbrauch in Europa und Asien sich dem Bedarf gemäß erhöhe, das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch hergestellt sei. So ist es. Man schaffe die Möglichkeit, daß die Getreideverbraucher sich sattessen können und jeder Überschuß wird verschwunden sein.



Sittliche Erneuerer

Alle Welt weiß, daß die nationalsozialistische Bewegung eine riesige Schiebung des Großkapitals ist. Es will mit den „rauhem Kämpfern“ die Arbeiterschaft niederknüppeln. Die Schwerindustriellen, Großhändler und der monarchistische Adel spenden braune Lappen in Menge, damit die Sturmabteilungen gefüttert und ihnen Schießseisen, Totschläger und Gummiknüppel beschafft werden können. Ehrliche Arbeiter, sofern sie nicht jeder Vernunft bar sind, geben sich zu solcher Missetat gegen ihre eigene Klasse nicht her. Folglich müssen die großen Klanbrüder und Unterdrücker das anheimern, was sich ihnen eben anbietet. Es finden sich daher in der nationalsozialistischen Bewegung „rauhem Kämpfern“ zusammen, die sich gewaschen haben. Zum Beispiel:

- Einer der führenden Leute der Sturmabteilungen Hitlers in Brandenburg a. d. H. ist Herr Wilhelm Nilges. Er hat nach dem Vorwärts (vom 28. April) bisher folgende Vorstrafen:
 - 17. 9. 1913 vom Landgericht Magdeburg einen Verweis wegen Diebstahls;
 - 5. 10. 1914 vom Schöffengericht Brandenburg eine Woche Gefängnis wegen Diebstahls;
 - 14. 12. 1914 vom Schöffengericht Brandenburg einen Monat Gefängnis wegen Diebstahls;
 - 5. 8. 1915 vom Schöffengericht Brandenburg zwei Monate Gefängnis wegen Diebstahls;
 - 8. 12. 1915 vom Landgericht Magdeburg sechs Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls;
 - 28. 3. 1916 von der Strafkammer Brandenburg unter Einrechnung der vorstehenden Strafe ein Jahr vier Monate Gefängnis wegen wiederholten einfischen und schweren Diebstahls;
 - 14. 5. 1918 von der Strafkammer Brandenburg ein Jahr sechs Monate Gefängnis wegen schweren Diebstahls und Bedrohung;
 - 12. 12. 1919 vom Landgericht III Berlin ein Jahr Gefängnis wegen schweren Diebstahls im strafverschärfenden Rückfall;
 - 3. 4. 1925 vom Schöffengericht Brandenburg zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust wegen Diebstahls im Rückfall;
 - 18. 8. 1925 vom Schöffengericht Wesermünde-Gerstmünde ein Jahr Zuchthaus wegen Diebstahls im Rückfall; die beiden letzteren Strafen wurden zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust zusammengezogen. Der Ehrverlust läuft bis 27. Februar 1933;
 - 16. 4. 1925 vom Amtsgericht Brandenburg neun Monate Gefängnis wegen Diebstahls im Rückfall;
 - 7. 8. 1925 vom Amtsgericht Bremen vier Monate Gefängnis wegen Diebstahls im Rückfall;
 - 31. 7. 1925 von der Strafkammer Köln neun Monate Gefängnis wegen Betruges;
 - 13. 7. 1928 vom Schöffengericht Brandenburg acht Monate Gefängnis wegen versuchten und vollendeten Diebstahls im strafverschärfenden Rückfall.

Herr Nilges ist noch immer SA-Führer der Hitler-Partei in Brandenburg a. d. H.

Neuer Anschlag der Schwerindustriellen

Wenn es darum geht, den sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft zu hemmen und Verschlechterungen des Lohnes und der Arbeitszeit einzuführen, lassen sich die beiden Schlüsselindustrien des Ruhrgebiets, der Bergbau und die Schwereisenindustrie, von keiner anderen Gruppe den Rang streitig machen. Sie sind meist eine Pferdelänge voraus. Längste Arbeitszeit und ein Lohn, die stets zu den schlechtesten Deutschlands zählen, zeichneten schon immer die Schwerindustrie aus. Kampf gegen jeden sozialen Fortschritt war ihr Selbstverständlichkeit.

Daß der allgemeine Lohnabbau durch den Oeynhausener Schiedsspruch eingeleitet wurde, ist kein Zufall. Es ist jetzt seit Fällung des Schiedsspruchs fast ein Jahr her. Sie wollten die Wirtschaft ankurbeln. Das Gegenteil ist eingetreten. Es ging weiter bergab. Seit Beginn der Wirtschaftskrise im Juli 1929 bis zum Januar 1930 sind in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie allein rund 74 000 Arbeiter abgebaut worden, davon allein seit der Fällung des Oeynhausener Schiedsspruchs 36 000. Die Feierschichten haben sich vermehrt. 70 vH der Arbeiterschaft verfährt nur noch eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 38 Stunden, und trotzdem wettern die Stahlindustriellen gegen die 40-Stunden-Woche. Das Durchschnittseinkommen ist seit Mitte vorigen Jahres von 215 auf 168 M oder um 21 vH monatlich gesunken, und dementsprechend die Kaufkraft geschwächt.

Das Problem der Arbeitslosigkeit kann nach Ansicht der Schwerindustriellen nur gelöst werden durch noch längere und, vor allen Dingen, noch viel billigere Arbeit. Der Stundenlohn von 78 Pf. für den Facharbeiter und 68 Pf. für den Hilfsarbeiter ist den Herren zu hoch. Darum Stilllegung der Hütte Ruhrort-Meiderich. Eine weitere Lohnsenkung bis zu 20 vH verlangten sie nach Erledigung des Falles Meiderich. Die Gewerkschaften lehnten ab. Jetzt kommt ein erneuter Vorstoß:

Die Schwerindustriellen kündigten zum 31. Mai den Rahmentarifvertrag für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie. Zurück zum Zustand der Vorkriegszeit ist ihr Drängen: Los vom Tarifvertrag, Regelung des gesamten Arbeitsverhältnisses von Mann zu Mann — das ist ihr Ziel. Man vernehme, welche Verschlechterungen sie jetzt fordern:

Die Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit betragen bisher 50 vH, für hohe Feiertage 100 vH. Sie sollen um die Hälfte gekürzt werden. Außerdem sollen sie nicht mehr zum Durchschnittsverdienst, sondern nur zum Stundenlohn bezahlt werden. Die Vergünstigungen bei Geburten und Todesfällen (ein bis zwei Schichten werden bezahlt) sollen beseitigt werden. Der Urlaub soll in der höchsten Stufe von 12 auf 6 Tage, in den übrigen Stufen um ein Drittel des bisherigen Standes gekürzt werden. Auch soll die Urlaubsvergütung nicht mehr mit dem Durchschnittsverdienst, sondern nur noch mit dem Stundenlohn bezahlt

werden. Der Akkordüberverdienst soll von 15 auf 10 vH herabgedrückt und außerdem soll festgelegt werden, daß zwar alle Akkorde wie bisher vereinbart werden sollen, aber bei einer Nichteingang soll der Unternehmer das Recht haben, den Akkord alleinstellend festzusetzen.

Ihr eigentliches Ziel, eine finanzielle Entlastung von 15 bis 20 vH, würden die Unternehmer nicht erreichen, auch wenn diese Forderungen Vertrag werden würden, denn Überstunden- und Mehrarbeitszuschläge treten infolge der vielen Feierschichten zurzeit nur gering in Erscheinung. Würden diese Anträge durch einen Spruchvertrag, dann würde höchstens eine Entlastung von 3 1/2 bis 4 vH der gesamten Lohnsumme eintreten oder etwa 15 Mill. M im Jahre; und wenn die Not wirklich so groß wäre, wie die Industriellen immer behaupten, dann könnte mit einer derartigen Summe eine Industrie in der etwa 2,2 Milliarden M Kapital angelegt sind, nicht gerettet werden. Aber die Arbeiterschaft würden sich zweifellos in der Urlaubs- und Akkordfrage stausschädigen.

Die wirtschaftliche Lage der Schwereisenindustrie ist allmählich in ein Stadium getreten, daß die Aufmerksamkeit der gesamten Ruhrbevölkerung und weit darüber hinaus in Anspruch nimmt. Gewiß ist die Not im ganzen Reich groß, aber hier handelt es sich um eine Schlüsselindustrie, um die Versorgerin der eisenverarbeitenden Gewerbe Deutschlands. Beschäftigungsgrad und Einkommen sind auf eine Stufe gedrückt, die den noch beschäftigten Arbeitern so eben das nackte Leben gestattet. Zehntausende, darunter viele Jungarbeiter, die der Arbeit ganz entwöhnt werden, sind arbeitslos. Über die Hälfte der vorhandenen Leistungsfähigkeit liegt ungenutzt, während die fixen Kosten — Steuern, Verzinsung des Kapitals und Tilgung — bleiben. Die Preispolitik spielt dabei natürlich ebenfalls eine erhebliche Rolle. Eine Differenz von 47 M für die Tonne Stabeisen zwischen dem Weltmarkt und Inlandpreis ist eben trotz der Fracht- und Zollzuschläge immer noch zu hoch.

Man muß doch allmählich auch bei der Industrie und der Regierung die Einsicht bekommen, daß eine Sanierung der Eisen- und Stahlindustrie von der Lohnseite aus überhaupt nicht möglich ist. Denn wenn man einen Lohnanteil vom Roheisen bis zum fertigen Stab von 21 M die Tonne anrechnet, und das ist reichlich hoch, dann müßten, um diesen Unterschied auszugleichen, die Hüttenarbeiter umsonst arbeiten.

Es ist deshalb recht erfreulich, daß der Vorstand des DMV die Reichsregierung durch eine Denkschrift auf diesen Notzustand der deutschen Eisenindustrie aufmerksam gemacht hat. Ob wohl dort einmal die Einsicht kommt, daß Lohnsenkungen auch gleichzeitig Senkung der Auftragsbestände infolge mangelnder Kaufkraft bedeuten?

Eine Warnung der Gewerkschaften an die Reichsregierung

Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestellten-Bundes haben am 23. April an den Reichskanzler Dr. Brüning und an das Reichskabinett folgende Kundgebung gerichtet:

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände geben hiermit ihrer Besorgnis über die ungemein schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter- und Angestelltenschaft Ausdruck.

Die Politik der Regierung, Löhne, Gehälter und Preise zu senken, hat nicht zu einer fühlbaren Linderung der Wirtschaftskrise geführt. Nicht entfernt ist die Senkung der Preise in dem Maße erfolgt, wie die Senkung der Löhne und Gehälter. Infolge des hierdurch entstandenen Verlustes an Realeinkommen und Kaufkraft der Konsumentenmassen kann die Wirtschaftskrise in Deutschland nicht zu beschleunigterem Ablauf kommen. Noch immer sind daher mehr als 4,6 Millionen arbeitslos. Eine tiefgehende Notlage beherrscht die gesamte deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft.

In dieser Notzeit ist nun gar bereits in einer größeren Anzahl Städten der Brotpreis erhöht worden. Wir erheben hiermit

schärfsten Protest gegen diese Verteuerung wichtigster Lebensmittel, die schnellstens rückgängig gemacht werden muß, wenn nicht noch größeres Elend kommen und damit eine gesteigerte Erregung im deutschen Volk Platz greifen soll.

Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen an. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach durchgreifender Verkürzung der Arbeitszeit durch allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche für alle Berufe unter Erhaltung und Stärkung der Massenkaukraft. Die zur Arbeitszeit gemachten Vorschläge der Gutachterkommission betrachten wir nicht als eine Lösung, da von ihnen weder eine Arbeitszeitbeschränkung in dem nach der Lage des Arbeitsmarktes erforderlichen Ausmaß, noch eine ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienstertums erwartet werden kann.

Selbst wenn es gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, bleibt die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung eine vordringliche Pflicht des Staates. Wir betonen ausdrücklich, daß uns weitere Einschränkungen der bereits ohnedies stark reduzierten Leistungen oder eine weitere Einengung des Personenkreises in der Arbeitslosenversicherung völlig untragbar erscheinen. Wir warnen vor der Einführung von Reformen, die nur Abbau und Auflösung der Versicherung bedeuten können. Dagegen erscheint uns dringend notwendig die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für alle Arbeitslosen, die keine Versicherungsansprüche haben. Wir betonen erneut die Notwendigkeit, öffentliche Mittel in größerem Umfang für die Unterstützung der Arbeitslosen bereitzustellen, wenn die zur Verfügung stehenden Beitrags- und Etatmittel zur Deckung der Lasten nicht ausreichen.

Im Gebiet der sonstigen Sozialversicherung ist die Sanierung der knappschaftlichen Pensionsversicherung ein dringendes Gebot. Entschieden abgelehnt werden muß aber der Gedanke, diese Sanierung durch die Inanspruchnahme anderer Versicherungszweige zu bewerkstelligen, deren eigene finanzielle Lage im Gegenteil alsbaldige Hilfsmaßnahmen notwendig machen wird. So weisen wir erneut auf die bedenkliche Entwicklung der Finanzen der Invalidenversicherung hin, für die ebenfalls alsbaldige Sanierungsmaßnahmen erforderlich sein dürften, um wenigstens die heutigen, an sich schon unzureichenden Renten zu gewährleisten.

Zu der von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände geforderten Reform der Unfallversicherung erklären wir ausdrücklich, daß wir die Wünsche der Arbeitgeber sächlich in allen Punkten ablehnen. Nicht Abbau, sondern im Gegenteil Ausbau der Unfallversicherung, namentlich soweit die Erweiterung des Kreises der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten in Frage kommt, ist dringend erforderlich.

Wir weisen die Regierung und gleichzeitig die Öffentlichkeit noch einmal darauf hin, welche ungeheuren Opfer die deutsche Arbeiterschaft in der Vergangenheit bereits auf sich genommen hat. Eine weiterhin einseitig gegen die Interessen der deutschen Arbeitnehmer gerichtete Politik muß zu schwersten sozialen Kämpfen und zu größter politischer Beunruhigung und Verdrossenheit führen. Wir erwarten, daß die Regierung sich dieser unzulässigen Tatsachen bei ihren Beratungen bewußt bleiben wird.





Technik und Werkstatt



Der selbststeuernde Anhängerwagen

Von Ing. A. Neubauer, Berlin

Eine beachtenswerte patentgeschützte Neuerung im Fuhrwesen ist der von dem schwedischen Ingenieur Lund erfundene selbststeuernde Anhängewagen. Diese Erfindung betrifft eine technische Einrichtung an dem Chassis von Anhängewagen, mittels der sich der Anhängewagen selbst steuert, und zwar, ohne daß sich der Fahrer des ziehenden Vorderwagens um den Anhängewagen zu kümmern braucht; er folgt also genau den Radspuren des ziehenden Vorderwagens. Ferner geschieht das An- und Abkoppeln auf eine denkbar einfache Weise, indem der Anhänger, auch wenn er voll beladen ist, mittels einer am Triebwagen angebrachten Handwinde von einem Manne ganz leicht herangezogen und befestigt wird.

Bisher mußte der Fahrer beim Umlenken in Querstraßen oder Toreinfahrten sehr genau auf seinen Anhänger aufpassen, da er beim Abbiegen von geraden Fahrwegen mit seinen Rädern einen ganz andern Weg läuft, als die Räder des Triebwagens. Oft genug ist es unmöglich, mit einem langen Anhängewagen in schmale Querstraßen einzubiegen oder in Hauseinfahrten schmaler Straßen hineinzufahren. Auf alle Fälle muß der Fahrer des Triebwagens einen großen Bogen fahren, will er nicht riskieren, einen zufällig an der Ecke stehenden Laternenpfahl oder Baum umzureißen. Alle diese bösen Umstände fallen beim selbststeuernden Anhänger fort. Der Fahrer kann sich darauf verlassen, daß sein Anhänger genau so hinterfährt, wie er mit seinem Triebwagen.

Bisher war es auch ausgeschlossen, mit einem Anhänger nach rückwärts zu fahren und zu steuern. Beim vorliegenden Anhänger läßt sich auch dies ausführen, und ein halbwegs geübter Fahrer kann ohne Mühe rückwärts in eine Toreinfahrt einlenken.

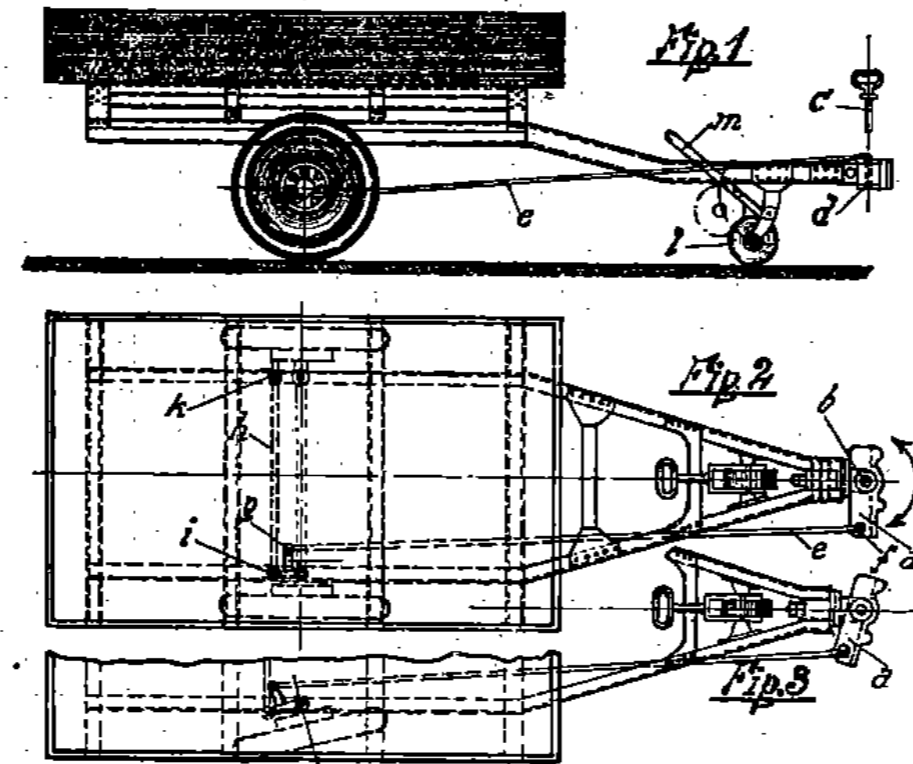
Diese selbststeuernden Anhänger werden sowohl in kleiner Ausführung einachsiger, in größerer auch zweiachsiger hergestellt. Der einachsige Anhänger (Bild 1) besitzt ein zum Herunterklappen eingerichtetes drittes Rad, das Stützrad; dieses ermöglicht es, daß der Anhänger auch in abgekuppeltem Zustande leicht transportiert werden kann. Ist der Anhänger an den Triebwagen angekoppelt, so wird dieses dritte Rad, das Stützrad, mittels eines Handhebels hochgeklappt, so wie es die punktierte Stellung in Bild 1 zeigt.

Man kann auch zwei dieser einachsigen Anhänger zusammenkoppeln und erhält dadurch einen vollkommenen zweiachsigen Anhänger. Einen ganz besonderen Vorteil bietet die durch D.R.P. geschützte Verlängerungseinrichtung zu diesem einachsigen Anhänger. Durch diese kann man ihn auf einen Achsenabstand von 8 bis 10 Meter vom Triebwagen bringen. Diese Einrichtung ist für den Transport von langen Gegenständen zu verwenden. Selbst bei solchem langen Abstand der Achsen bewährt sich der Anhänger, man kann selbst schärfste Kurven damit fahren, was bei gewöhnlichen Anhängern oder Langtransporten bisher nicht möglich war.

Bild 1 zeigt einen solchen einachsigen Anhänger in seitlicher Längsansicht. Das Chassis läuft auf der rechten Seite oder nach der anzukoppelnden Stelle hin allmählich eng zusammen; hier ist das in horizontaler und vertikaler

Richtung bewegliche Ankopplungsteil a angeordnet, dessen seitliche Bewegungsrichtung durch den in Bild 2 eingezeichneten Pfeil gekennzeichnet ist.

Dieses Teil a ist um den Punkt 6 drehbar gelagert, es besitzt auf seiner äußeren Seite eine fassonierte Form; ein zu dieser Form genau passendes gleiches Teil ist am hintern Chassisteil des Triebwagens starr angeordnet, und diese beiden Formteile werden durch den in Bild 1 sichtbaren Steckbolzen c fest zusammengehalten, indem er in das bei Drehpunkt a befindliche Loch d gesteckt wird. An dem drehbaren Anschlußstück a greift eine Stange e beim Punkt f an; auf der andern Seite ist diese Stange e bei Punkt g mit dem Lenkschenkel des Rades verbunden. Die Lenkschenkel der beiden Räder sind



wiederm durch die Verbindungsstange h so untereinander verbunden, daß die Stange h bei Punkt i an den ersten Lenkschenkel und bei Punkt k an den zweiten Lenkschenkel angreift; vermöge dieser Verbindung sind beide Räder gezwungen, stets die gleiche Stellung einzunehmen.

Die Lenkung der Steuerung des Anhängers geschieht in der Weise, daß das am Triebwagen starr befestigte und mit dem Steckbolzen c verbundene Teil a durch das starr befestigte Teil am Triebwagen so beeinflusst wird, daß das Teil a stets dem starren Teil des Triebwagens folgen muß. Es tritt also bei Punkt f am Teil a eine Hebelwirkung ein oder drückt oder zieht die Stange e am Punkte g des Lenkschenkels und gibt dadurch den beiden Rädern eine gleiche Schrägstellung wie denen der Räder der Vorderachse des Triebwagens. Bild 3 zeigt eine solche Fahrstellung und man ersieht die Schrägstellung des Kupplungsteiles a sowie des Rades. Infolgedessen beschreiben die Räder des Anhängers den gleichen Fahrbogen des Triebwagens.

In Ohio ist es den Darstellern verboten, den Mädchen der Heilsarmee zuzuwinken — selbst wenn dies im Szenarium vorgeschrieben ist. Man hat dort in einem Film auch eine Szene beanstandet, die den Helden in allzu prall anliegenden Hosen zeigte. In Maryland haben die Zensoren zwar grundsätzlich nichts gegen Küsse einzuwenden, nur dürfen diese nicht auf den Nacken oder Hals der Schönen verabreicht werden. In mehr als hundert Fällen wurden solche anstößigen Küsse vom Zensor im Verlauf von sechs Monaten aus den vorgelegten Filmen herausgeschnitten. In Kansas streicht man das Wort „Whisky“ in allen Titeln, auch ist es dort keinem Filmschauspieler gestattet, seine Geringschätzung durch eine Geste auszudrücken, die die Finger mit der Nase in anzügliche Verbindung bringt.

In New York verbietet man derartige Sachen zwar nicht, dafür darf aber keine der dort auf der Leinwand erscheinenden Personen eine verächtliche Bemerkung über einen Politiker machen. Auf ganz besondere Etikette hält man in West-Virginia. Dort gilt es als anstößig, wenn sich etwa ein Liebhaber der Geliebten im Drange seiner Gefühle im Sturmschritt nähert, weil es die gute Sitte verlange, daß Liebesleute sich auch beim Gehen eines gesetzten und gemächlichen Tempos befleißigen. (Ihr schwaches Herz könnte sonst Schaden nehmen!)

Die meisten der von der Zensur angeordneten Schnitte, und zwar 56 vH, betreffen kriminelle Dinge. Sexualfragen behaupten unter den Beanstandungen den zweiten und Fragen des sogenannten „Taktet“ den dritten Platz. Anspielungen auf Regierungsmaßnahmen kamen an vierter Stelle. Die Ausmerzungen aus religiösen Gründen machten bemerkenswerterweise nur ein halbes vom Hundert der gesamten Beanstandungen aus!

Als amerikanisches Filmkurosium sei noch das folgende mitgeteilt: Die Heilsarmee hat in Cincinnati bei der Stadtverwaltung Einspruch erhoben gegen die Konzessionserteilung an ein Kinotheater, das in der Nähe eines der Mutterschaftsheimen der Heilsarmee errichtet werden soll. Begründung des Protestes: Kino und Jazz stören die Ruhe des neugeborenen Kindes erheblich; der Hundertsatz der schwachsinig geborenen Kinder würde durch Kino und Jazz bedeutend erhöht werden! So: nun wissen wir es, was alles auf die Entwicklung des ungeborenen Kindes einwirkt!

Aber wir brauchen in Deutschland deswegen noch lange nicht stolz zu sein. Auch bei uns gibt es kuriose, ach, allzu kuriose „Begründungen“! Haben da die Schweizer einen recht guten Film gedreht: „Frauennot — Frauenglück“, der eine eindringliche Aufklärung vermittelt und u. a. auch die normale Geburt und die Geburt mit Hilfe des Kaiserschnitts auf die Leinwand bringt. Alles aber in taktvoller Weise. Wiederholte Versuche der Kulturreaktionäre, diesen Film zur Strecke zu bringen. Beschwerdeanträge von Bayern, Baden und Thüringen auf völliges Verbot (das vordem nicht ausgesprochen worden war). Bayern stützte seinen Antrag hauptsächlich auf ein „Gutachten“ des ärztlichen Bezirksvereins München, das bei Vorführung des Films gesundheitliche Störungen der Zuschauer befürchtete! Mit Recht konnte der Vertreter der Filmfirma diesem farnosen „Gutachten“ ein anderes Gutachten des damaligen königlich bayerischen Medizinalkollegiums aus dem Jahre 1835 entgegenhalten, das bei Eröffnung der ersten Eisenbahn erklärt hatte, es bestünde infolge der Schnelligkeit der Eisenbahnen für die Zuschauer (!) die Gefahr geistiger Erkrankung!

1835 — 1930 — ob königlich-bayerisch oder republikanisch-bayerisch, der Geist ist derselbe geblieben. Ein geistiger Fortschritt ist in den „Gutachten“ nicht zu spüren. Nur Filmkurosia? Nein Kulturkurosia! Wahrlich: es gibt noch viele muffige Stuben und Gehirne! Kurt Hirche

Der Mann mit der Stoppuhr

In der Nr. 14 der MZ schreibt Kollege B. G. unter anderem: „Jeder ehrliche Mensch mit bewußter proletarischer Moral muß einen Posten als Blutauger am kranken Körper des Proletariats ablehnen.“ Dies bezieht sich auf einen Angestellten, der einen Posten als Zeitnehmer in einem Betriebe bekleidet.

Ich meine, so wie Kollege B. G. denkt, gehts denn doch nicht, oder man müßte konsequent sein und alle Meister, Vorarbeiter und zum Teil auch Ingenieure einbeziehen. Was aber die im Butab und im DMV organisierten Kollegen zu dieser Konsequenz sagen würden, weiß ich nicht. Immerhin glaube ich, daß es ihnen keine Freude machen würde, auch würde es sich nicht mit unserer bisherigen Handlungsweise decken. Einerseits versuchen wir, die Angestellten zu gewinnen, andererseits aber erklären wir sie als Knechte des Kapitals mit einer besonderen Doppelzüngigkeit.

Wir, Kollege B. G., müssen uns eben mit der Rationalisierung abfinden und den Kampf gegen ihre schädigenden Auswirkungen richten. Der Kampf mit dem Zeitaufnahmebeamten ist eben ein Teil des Klassenkampfes. Ist ein Betrieb gewerkschaftlich gut organisiert, so versteht der Betriebsrat mit Unterstützung der Funktionäre und der Belegschaft, die Schäden der Rationalisierung abzufangen und in vernünftige Bahnen zu leiten. In dem Betriebe, wo ich Betriebsratsvorsitzender bin, wird seit zwei Jahren mit Zeitnehmern gearbeitet. In der ersten Zeit häufig, und heute noch vereinzelt, wird Sturm gegen sie gelaufen. Aber mit Hilfe eines einigermaßen vernünftigen Tarifs ist es mir gelungen, die Schäden der Stopperei abzubiegen und Falsches sogar zum Vorteil der Arbeiter zu gestalten. Heute kommen bei Streitigkeiten im Akkord die Kollegen und verlangen, abgestoppt zu werden, um eine vernünftige Akkordbasis zu schaffen.

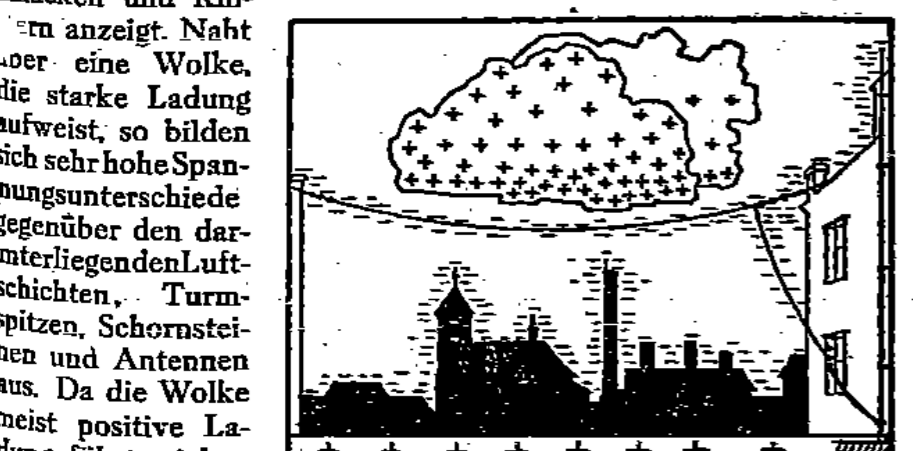
Ich muß bemerken, daß in unserem Betriebe keine Massenartikel hergestellt werden, und gebe ich gerne zu, daß bei Massenartikeln die Auswirkungen der Zeitkontrolle krasser und verheerender zutage treten. Aber hier müßten die praktischen Erfahrungen ausgetauscht werden. Dies zu veranlassen, wäre ein dankenswertes Feld für unseren Vorstand. Wir sind uns darüber einig, daß der Unternehmer die Zeitkontrolle durchführt, um Zeit zu sparen. Bei der Festsetzung der Akkorde heißt es für die Kollegen, aufzupassen. In den meisten Tarifen ist die Mitwirkung des Arbeiterrates vorgesehen. Ist dieser Passus nicht enthalten, so zeigt das, daß das Organisationsverhältnis nicht das beste ist und daß nun mit verstärkter Kraft versucht werden muß, die Vorbedingungen zu schaffen und alle Kräfte zu sammeln.

In einzelnen Verwaltungsstellen sind Kollegen vorhanden, die die Wirtschaftsschule Dürrenberg besucht haben. Diese Kollegen müssen das dort Gezeigte wiedergeben und außerdem noch manche Fingerzeige vorbringen können. Es wäre gut, wenn die Verwaltungsstellen hierauf ein besonderes Augenmerk richteten. Der Zweck dieser Zeilen soll ebenso wie der des Kollegen B. G. sein, unseren Körper nicht in wenigen Jahren so auspressen zu lassen, daß er mit 40 Jahren schon zum alten Eisen gehört; aber man soll nicht negativ, sondern positiv eingestellt sein. Ich glaube, mit meinen Zeilen eine Strecke des Weges gezeigt zu haben. Franz Sturma

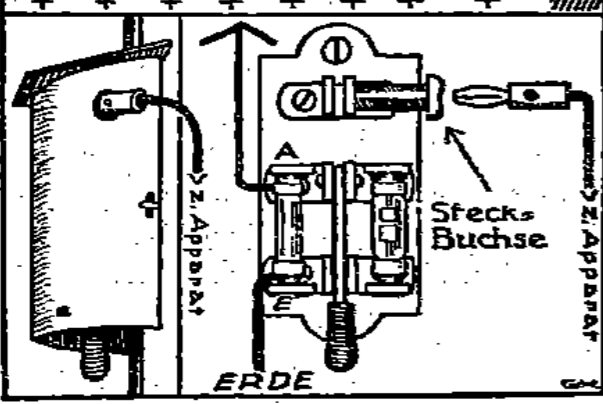
Unsere Antenne im Sommer

Die tägliche Mahnung, das Erden der Antenne nicht zu vergessen, ist leider für viele noch umsonst, bis eines Tages alle Röhren plötzlich stumm sind, wenn nicht noch größeres Unheil geschehen ist.

Der elektrische Zustand der Atmosphäre ist, besonders im Sommer, auch ohne eigentliche Gewitterneigung, fast nie ganz ruhig. Es sind fast stets mehr oder weniger starke Spannungen vorhanden, was der Empfangsapparat durch das bekannte Knacken und Knirschen anzeigt. Naht über eine Wolke, die starke Ladung aufweist, so bilden sich sehr hohe Spannungsunterschiede gegenüber den darunter liegenden Luftschichten, Turmspitzen, Schornsteinen und Antennen aus. Da die Wolke meist positive Ladung führt, ziehen sich durch Influenz große Mengen negativer Elektrizität in ihre nächste Nähe, also auch in alle Spitzen und Antennen. Wenn nun durch Blitzausgleich die Ladung der Wolke plötzlich verschwindet, wird auch die Aufladung der Antennen usw. plötzlich frei und sucht in kräftigem Stoß den Weg zur Erde; die Röhren werden zerstört, blitzähnliche Zerstörungen und Brände sind möglich.



Von größter Bedeutung ist daher das Einschalten guter Blitzsicherungen in die Antennenzuleitung. Der Bau dieser Blitzsicherungen beruht auf der Erfahrung, daß hohe Spannungen in stände sind, kurze Luftstrecken zwischen zwei leitenden Metallen zu überspringen, während sie für die schwachen Betriebsströme unüberwindlich sind. Man bildet die Luftspalt bildenden Metallenden als breite Platten mit den sich gegenüberstehenden Spitzen aus, da solche Spitzen den Übergang der Elektrizität durch die Luftstrecke erleichtern.



Vielfach fertigt man diese Funkenstrecken aus Kohle, da diese auch bei Übertritt sehr hoher Spannungen nicht erweicht. Das Ganze wird in eine luftleere Glasröhre eingeschlossen. Da verdünnte Luft vom elektrischen Strom leichter durchdrungen wird, können sich schon bedeutend niedrigere Spannungen zur Erde ausgleichen, die Antenne wird stärker entladen, die Röhren geschützt, der Empfang reiner. Außer der Eigenschaft, die Antenne gut zu erden, soll daher ein guter Erdschalter auch mit einer Feinsicherung versehen sein.

Weiterhin sei empfohlen, die Zuleitung zum Apparat gemäß Abbildung durch angelötete Steckbuchse und Bananenstecker leicht trennbar zu machen. Ferner sollten Erdungsschalter, wie der abgebildet, nicht ohne Regenschutz im Freien hängen. Eine mit Solanieren versehene, leicht aufklappbare Zinkblechhaube, die den Schalter vor frühzeitiger Verwitterung schützt und sein gutes Funktionieren sichert, ist, wie das Bild zeigt, leicht angefertigt. Die Erdleitung selbst (Kupferdraht nicht unter 3 mm) muß fest und sauber an den Hausblitzableiter, draußen befindlichen Wasserleitung oder zumindest an in Erde herabführendes Regenrohr befestigt sein und öfter kontrolliert werden.

Wer all das befolgt und das Erden nicht vergißt, mit Recht ein froher Radiohörer ist! G. Holstein

Filmzensur und Filmkurosia

Wir haben oft Anlaß gehabt, uns über die Streiche der deutschen Filmzensur zu wundern und zu entrüsten. Zu wundern, wenn man las, mit welcher „Logik“ und mit was für „Gründen“ von ihr Filme verboten worden sind. Und zu entrüsten über die unerhörte Art, wie von ihr unter neutraler Maske in Politik gemacht wurde (siehe Remarque-Film-Verbot). Deutschland steht aber mit seiner Filmzensur nicht allein auf der Welt. Da ist zum Beispiel Amerika. „Amerika, du hast es besser“ — so sang einst der Dichter. Er würde es heute nicht mehr singen. Denn was tut die amerikanische Filmzensur? Davon eine kleine Blütenlese.

In den Vereinigten Staaten ist die Filmzensur Sache der Einzelstaaten. Sieht man sich ihre Entscheidungen an, so scheint es, als ob ihre Moralanschauungen von Staat zu Staat wechseln, obwohl sie in Grunde genommen doch alle auf einen Grundton gestimmt sind. So ist es in Virginia streng verpönt, Tanzgirls mit nackten Beinen zur Schau zu stellen. Das dortige Zensuramt hat sogar entschieden, daß die Darstellung eines jungen Mädchens, das sein Haar kämmt, eine Gefahr für die jungen Mädchen des Staates sei, und daß sittengefährdende Bilder dieser Art aus den Filmen herauszuschneiden sind.



Familie und Heim



Die Stütze von Neuseeland

Diese Stütze hat nichts mit dem Erdbeben zu tun. Es handelt sich einfach um eine Hausangestellte, da unten „lady's help“ genannt, also eine Stütze der Hausfrau. Neuseeland leidet an Stützen keinen Mangel; in allen größeren und kleineren Städten gibt es deren genug: blonde, schwarze und auch rote. Selbst auf dem Lande gibt es Stützen, wo nur immer das Land in Post- oder Bahnverbindung mit irgendeinem noch so kleinen Neste steht, so daß man am Sonntag dorthin fahren kann. Außerdem spielt an diesem Tage die Heilsarmee auf und an den Straßenecken stehen junge Burschen, die Pfeife im Mund und gucken, was sich tut. Aber in den entlegenen Hinterwald-Distrikten, wo sich die Fuchse „Gute Nacht“ sagen, da gibt es keine Stützen. Dorthin gehen die Stützen nicht, wenn auch nach unserm Begriffen dieser Hinterwald ein Märchen an Schönheit ist und dieses Nest eine Symfonie von Häuslichkeit, Ode und Langeweile. Denn eine Stütze, die in Neuseeland, wo es überhaupt keine sozialen Unterschiede gibt, ein junges Mädchen wie jedes andere ist, hat natürlich auch ein Recht, Ansprüche ans Leben zu stellen, und nichts erscheint ihr grausamer und verhaßter, als sich in der Einöde zu vergraben, sei es auch eine noch so paradiesische.

Alles dieses muß vorausgeschickt werden, um mein merkwürdiges Erlebnis mit einer Neuseeländer Stütze ins rechte Licht zu setzen, das eigentlich gar nicht so merkwürdig war, als es sich in unserm europäischen Gehirn darstellt. Und übrigens war es mein Erlebnis nur so nebenher. — Der wirklich Betroffene war Mr. Mac Mixedpickle, der glückliche Besitzer einer wahrhaft paradiesisch gelegenen Gefrierfleisch-Hammelfarm und von Frau und Kind und allem, was zum Leben gehört, ausgenommen eines . . . nach dem er sich sehnte, schon so viele Jahre, eine, ach, eine Stütze. Ich war auf einem meiner Streifzüge nach dem menschenleeren, aber gottvollen Neuseeländer Südwesten auf Macs Farm eingekehrt. Mac hatte mir sein Leid geklagt. Die Kinder ritten den ganzen Tag auf Baumstämmen am See herum und seine Frau, die die Pfeife rauchte und fluchte wie ein Kohlenbrenner, hatte so gar nichts Sittenverfeinerndes — während eine Stütze, hierher drei Tage Reise vom letzten Provinznest, einfach nicht zu kriegen war, so gut sie es hier auch haben würde.

Wir berieten hin und her. Ostern stand vor der Tür, die Luft war lenzlich würzig, die fernen Schneekappen funkelten, der blanke See lachte, und die Gefrierfleischhammel krochen über die grünen Hügel. Wenn Eine so das alles mit eigenen Augen sehen könnte, und uns zwei beide Hübschen mit dazu — halt, ich hatte es!

Ein Gesuch wurde im Invercargiller Intelligenzblatt losgelassen: Stütze gesucht; Reisebillet deponiert; man möge sich die Paradiesfarm ansehen kommen. Ostern, usw. —

Wer beschreibt unsere Freude, als am Sonnabend vor Ostern, nachdem der Dampfer dem Landungssteg einen kurzen Besuch abgestattet hatte, ein rotes Kleckschen zurückblieb. Gleich rannten wir darauf zu, Mac und ich, es war die — Stütze.

Wir sahen wüst und verwildert aus — Abruzzenräuber sind Gentleman dagegen und doch waren wir zwei noch immer Gentleman im Vergleich zu den verwiterten alten paar „Farmhande“, die-irgendwo draußen ihre Pfeifen schmauchten und herumspuckten. Das Fräulein aber war eine tiptoppe Stütze mit dem Neuesten an.

Was soll ich sagen; wir trugen die Koffer, aber das Mundwerk wollte nicht recht . . . Mistreß Mixedpickle führte das Fräulein Gwendoline auf ihr hauptsächlich mit Schaffelien dekoriertes künftiges Wohngemach und stach sodann alles ab, was ihr in die Quere kam. Es war

ein feierlicher Abend. Der Tisch bog sich förmlich unter der Last der Gerichte; Shimmy wurde getanzt, der allerdings Mister Mixedpickle zu Fall brachte. Schließlich meinten wirs ja gut, wenn wirs auch verkehrt anstellten, Mac und ich; wir passen zusammen.

Am Oster-Sonntagmorgen waren unsere Erwartungen hochgespannt. Würde das Fräulein Gwendoline, nachdem sie das Frühstück im Magen hatte (bestehend, wie üblich, aus 2 Suppentellern voll Haferschleim mit Milch und Zucker, Speck und Eiern, 2 Hammelkoteletts, Schinkenbraten sowie 4 bis 5 Tassen Milchtee), würde sie dann — anpacken ist ein zu hartes Wort, aber sagen wir: mit-helfen? Freilich, es war Ostersonntag. Die zwei jungen Satans lärmten, und nachdem sich Gwendoline mit ihnen befaßt hatte und dabei übel zugerichtet worden war, wollte sie sich die Gegend ein wenig besehen, in die sie nun einmal geraten war. Mac führte Gwendoline stolz nach seinem Paddock. Sie wählte ein Pferd und galoppierte davon.

Haben Sie Worte? Dies Fräulein Stütze kam spät abends ziemlich zerzaust auf die Farm zurück; die alte Mixedpickle brachte ihr das Essen nach oben und wir „sangen“ unten. Er war vielleicht nicht ganz so melodisch, wie er hätte sein sollen, dieser Gesang, aber gut gemeint, ehrlich, bieder.

Am Ostermontag führen wir alle sechs im Nachen über den See. Die Tour war fast überirdisch schön. Die Jungens sprangen vor Freude des öfteren ins Wasser und sandten lange, glitzernde Strahlen in das hübsch frisierte Gesichtchen des Fräulein Gwendoline. Wir waren so glücklich alle. Jetzt konnten wir schon ohne Scheu mit dem jungen Fräulein sprechen — oh, was wird das für eine Zeit werden! —

Am Dienstag früh, als der zurückkommende Dampfer in der Ferne piff, stand Fräulein Gwendoline mit ihren Koffern unter der Farmtür. Ich trug ihr das Gepäck nach dem Landungssteg, während Mister und Mistreß Mixedpickle auf der Veranda heulten, was das Zeug halten wollte. Was war geschehen. Oh, gar nichts besonderes. Wir hatten gebeten, eine Stütze möchte kommen und sich über Ostern die Farm ansehen. Das hatte sie getan. Sie hatte einfach Wochenende gemacht. Das ist ja heute so modern. **Heinrich Hemmer.**

Kaufen auf Abzahlung ist teuer

Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau veröffentlicht eine Zusammenstellung über die Tätigkeit, die ein Gerichtsvollzieheramt einer größeren Stadt in einem Vierteljahr nur für sechs Abzahlungsgeschäfte geleistet hat. Danach ergibt sich folgendes:

Firma	Zustellungen	vollstreckungen	Insgesamt
Firma A	2155	593	2748
Firma B	563	7	570
Firma C	113	96	209
Firma D	—	25	25
Firma E	39	7	46
Firma F	21	6	27
	2891	734	3625

Das heißt: in einem Monat hat es nicht weniger als 1200 Aufträge und mehr als 240 Zwangsvollstreckungen gegeben. Es wird bemerkt, daß es sich bei A und B um Firmen handelt, die besonders mit Beamten arbeiten. Weiter wird darauf hingewiesen, daß es sich noch um ein Jahr verhältnismäßig guter Wirtschaftslage handelt. Die Dinge müssen heute noch viel schlimmer liegen.

Wenn man bedenkt, daß der im Rückstand kommende Abzahlungskäufer eine ungeheure Ausfallprämie zahlt, weiter Gerichtskosten, das Gerichtsvollzieheramt usw., kann man ermessen, was die von den Konsumgenossenschaften bezweckte Erziehung zur Barzahlung für Bedeutung hat.

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

VI.

Sie war wie ein gejagtes Wild, als sie — zur üblichen Stunde, in der er sie erwartete — hastig aus der Hintertür durchs Dunkel, am Hofzaun entlang, zum Wäldchen betete. Ihre Hände preßten sich fest auf die Blase, in der sie ihre ganze Ersparnisse, etwa fünfzig Mark, bei sich trug. Mit großen Sprüngen, immer bereit, sich hinter Bäumen oder Büschen zu verbergen, keuchte sie durch den Nebel, der in langen, grauen Schwaden aus dem feuchtkalten Wiesensboden kroch.

Fritz saß schon auf der Bank und wartete. Wie ein unnatürlich großes Auge glühte von Zeit zu Zeit seine Zigarre aus dem Grau auf. Marie schlich sich stockend, unbärblich näher. Stand unentschieden.

Nachlässig stand er auf. Flüchtig, spürbar gleichgültig, wollte er sie mit gönnerhafter Geste küssen. Marie wehrte ab. Verwundert zuckte er auf, blickte sie prüfend an. Da sprach Marie. So, als ob sie zu dem Boden spräche, auf dem sie stand. Wiegt alles aus sich heraus. Anklage und Beschwörung.

Fritz sagte nichts, setzte sich langsam und bedächtig nieder. Schwieg. Allmählich wurde Marie ruhiger. Doch immer noch sprach sie ruckweise. Ihre Brust atmete noch schwer von Lauten und hob sich keuchend. Nun konnte sie ihn auch schon beobachten. Er lehnte sich behutsam zurück in unklare, überlegende Haltung. Marie sah ihn deutlich, nur wenig vom verzerrenden Nebel verschleiert. Der breite Mund in dem großen Gesicht über dem massigen Männerkörper war schmal geworden und zuckte manchmal auf wie ein dünner, messerscharfer, rechts hochgezogener Schnitt; ein festig leuchtendes, gangrän hässliches Auge unter hochgezogener Augenbraue testete sie ab, das rechte Auge war geschlossen und von der Braue überschattet; ab und zu sprühte die Zigarre auf und stützte mühsamlich den Dunst über dem Gesicht. Fritz schwieg.

Da begann die Verhängung die Torheit, dass Maria und seinen furchtbaren Schwestern ihr Geld anzubieten.

Jetzt zuckte das Gesicht hoch. Für eine Sekunde. Der Körperballen schellte auf aus seiner Starrheit; die Maske wurde lebendig. Und plötzlich stand Fritz vor Marie. Noch schwieg-

sen. Sein rechter Arm hob sich; die Zigarre fiel. Bläß sprühende Funken krochen in den Boden. Dann war nur mehr der graue Nebelschleier, der feucht die zwei umhüllte.

Sein erstes Wort: „Geld?“ Es stand wie ein erstauntes Fragezeichen in der Luft. Schweigen. Lauternd: „Du hast Geld —?“ Marie nickte. „Wieviel —?“ Sie antwortete. Er lachte. Kurz, mit einem Husten, spöttisch. „Das sind wohl deine Sparschweinchen?“ Schweigen. „Die Groschen.“ Was Marie ein Vermögen schien, nannte er Groschen. Eine furchtbare Angst überfiel sie. Vielleicht war es ihm zu wenig? Sie hob den Kopf. Starre ihn an. Er konnte ihren Blick nicht ertragen. Senkte den Kopf, dachte wohl nach und ruckte ihm dann wieder hoch, sah sie trotzig, kurz an. „Na —.“ Hustete. Stieß dann heraus: „Na, dann —.“ Und brach ab.

Seine geöffnete Hand stand vor ihr. Marie atmete auf, griff in ihre Bluse und legte das Päckchen auf die breite Handfläche, die sich ja schloß. Dann sank der Arm. Die Hand verschwand in der Hosentasche.

Jetzt hob Marie den Kopf. Frei. Ihr Atem ging wieder regelmäßig. Sie wollte gehen.

„Marie?“ Verlegen, irgendwie doch warmer Ruf. Marie drehte sich um, sah ihn kurz an. „Was noch —?“ Er sprach einige Worte. Belanglose, um sie zurückzuhalten. Eine Spur von Scham überfiel ihn. Das alte Marie. Sie empfand Mitleid mit ihm, der so vor ihr stand.

Er füllte es genau. Kurz lachte er wieder auf. Es ärgerte ihn. Und trotzig, beleidigend, großsprecherisch, Gleichgültigkeit und Gleichgewicht vortauschend, sprudelte es aus ihm heraus:

„Sie können beruhigt sein. Von ihm aus beruhigt. Er habe ihr doch nichts getan. Nicht mehr, als alle täten. Alle Männer. Die Weiber drängen sich ja nach ihm. Aber er habe sie doch vorgezogen. Und sei ihr doch treu gewesen. „Ja, treu. Das ist doch schließlich auch keine leichte Sache. Aber na — reden wir nicht davon! Von mir aus!“ Marie schwieg, sah ihn an.

Er fuhr fort: Er habe es ihr überhaupt heute sagen wollen. Er müsse sowieso in den nächsten Tagen fort in eine neue Berliner Stellung. Er habe das Leben hier satt. Er habe genug

von dieser langweiligen Gegend, „wo die Füchse sich Gu Nacht sagen und die Welt mit Brettern zugenagelt ist“. Da man hier überhaupt leben könne! „Zumutung!“ Jedenfalls, verschwinde. Ganz, wie sie wünsche. „Das heißt, so nicht!“ Sie geht man doch nicht auseinander, Marie! Wenn man sich ge gehabt hat! Nicht wahr?“ Er lachte wieder auf; das Lachen sollte Vertrauen erwecken, aber klang wie Scherbengeklirr. „D ist doch kein Abschied! Nicht wahr!“ Er näherte sich wieder Marie fühlte seine rechte Hand auf ihrem Nacken. Diese Berührung stach wie eine Nadel. Marie zuckte zurück. Er folgte ih

Mit entsetzt aufgerissenen Augen starrte sie ihn an. Sie wich weiter zurück, stieß wie in Abwehr ihre Arme in den Nebel, der sich nun dick um sie ballte. Marie begriff.

Sie floh. Sie hörte, wie er hinter ihr herhetzte. Wie er rief. Leute kamen vorbei. Sie hörte die Stimmen, erkannte sie. Pärchen vom Gut. Nun auch diese Angst noch. Er muß schweigen. Sie rief ihm zu, ruhig zu sein. Der Nebel war dicht geworden, daß sie ihn selbst nicht mehr sah, trotzdem ganz in der Nähe flüsterte. Und schon fühlte sie seine Hände die nach ihr griffen.

Sie rang mit ihm wie um ihr Leben. Sie schlug um sich, sie biß, und ihre Fingernägel zerkratzten ihn. Da keuchte er ha und drohend: „Du —?“ Und sie verstand entsetzt den Sinn der Drohung des toll gewordenen Mannes. Da sackte Marie zusammen und fühlte bleierne Schwäche ihren Körper bestiegen.

Wehrlos und willenlos, nur leise vor sich hinwimmernd, lie sie geschehen, was geschehen mußte. Nur ein Gedanke schrie in ihrem Gehirn: Er muß schweigen, er wird schweigen.

Wie aus einer Ohnmacht wachte sie auf. Er war fort. Um sie herum schwamm bleigrau, undurchdringbar, gefängnisgleich der Nebel. Marie war es, als müsse sie in ihm ertrinken.

Schwerfällig hob sie sich auf. Eintönig klagend stolperte sie über Wurzeln, Maulwurfsfügel und Fahrillen den Feldweg entlang.

Kurz vor dem Gut wurde sie wieder ruhiger, fand sie wieder ihre Besinnung. Sie hatte ja gesiegt! Er würde schweigen! Und fortgehen! Und alles, alles würde wieder gut werden! Sie war ja gerettet — sie und die Zukunft! Das Leben!

Die Zeit, die immer dahingleitende und gegenwärtige, ist die große Betrügerin, die Betrügerin mit dem guten Herzen. Sie half Marie.

Und doch war Marie irgendwie eine andere geworden. Die anderen gingen ihr scheu aus dem Wege; man glaubte sich schuldig an dem herben Zug um Marias Mund und an den stummen Frage der dunkelumrandeten klagenden Augen in dem schmal gewordenen Gesicht. „Man vermisst die alte, stille, unaufdringliche Fröhlichkeit in ihr. Wie früher war man ihr noch feindlich gesinnt; doch man ließ sie das nicht mehr spüren. Der Kellner war verschwunden. Und mit ihm aller Grund zum Klatsch.

Marie blieb ganz für sich allein. Sie sprach kaum mit irgend einem irgendein Wort.

Nur selten ging sie noch zu ihren Eltern. Auch das fiel an. Jetzt sagte man offen, sie habe einen Stein dort, wo andere ein Herz haben. Selbst die Mutter schüttelte den Kopf; der Vater, der sich früher nie um sie bekümmert hatte, schimpfte über sie, wo er konnte. Saß er betrunken mit den anderen im Chausseekrug, dann konnte er weinerlich lallen: „Der Elter Segen baut den Kindern Häuser!“ und sie ein „undankbare Krät!“ nennen. Marie wußte davon. Aber sie schwieg. Sie wollte vergessen. Und war dabei.

So blieb es einige Wochen lang. Und Marie wurde freier. Sie wollte wieder fröhlich werden. Manchmal probierte sie schon ein Lächeln.

Schon hatte sie ihr Gleichgewicht wiedergefunden und schien seelischer Genesung vollends entgegenzugehen. Da brach mit der lähmenden Ahnung eines Tages das Furchtbare über sie, das beim ersten Erfassen des Gedankens, der unmöglich wahr sein durfte, die einem Wahnsinnsausbruch Nahe fast zerschlug. Sie fürchtete Schwangerschaft.

Sie wollte nicht daran glauben. Sie durfte es nicht. Sie sagte es sich tausendmal jeden Tag: Das ist Unsinn! Das darf ja nicht sein! Das ist auch nicht! Das ist nur ein Zufall, wie es manchmal geschehen soll!

An diesen Gedanken klammerte sie sich. Dieser Strohhalm lächerlicher Hoffnung beruhigte sie, war ihr Trost, wurde ihr Glaube. Für einige Wochen.

Dann half kein Zweifel und Hoffen mehr. Aus der furchtbaren Ahnung wurde furchtbares Wissen. Im Leerlauf ihrer bankrott gegangenen Hoffnungen war diese Erkenntnis wie ein Schlag, der alles Denken ausschaltete und nur mehr dier wissen ließ.

All ihr Tun war mechanisch, leblos. Sie wußte nicht mehr, was sie tat; sie sah nicht mehr, was um sie vorging. Sie wußte nur dieses, das hineingebrochen war in ihr armseliges Leben, das doch immer nur Gutes gewollt hatte und dessen Kräfte und Handlungen doch immer nur das Gute erstrebt hatten. Sie wurde beherrscht von dem Gedanken an dieses Entsetzliche, das alles andere tötete.

Dann kam noch ein anderer Gedanke hinzu, der sie etwas vom Hauptsächlichen ablenkte: Niemand durfte etwas davon wissen! Hier war die größere Gefahr. Sie riß sich aus ihrer Ohnmacht auf, nahm alle Kräfte zusammen. Niemand durfte etwas ahnen! Nichts, nichts, auch nicht das geringste! Man durfte ihr nichts anmerken! Sie mußte sein wie immer; unauffällig, fleißig, geschickt, belanglos, als ob nichts geschehen wäre, vorsichtig, doppelt vorsichtig. Sie mußte die Rolle spielen, die schwer und bitter war; denn sie war ja nicht mehr die Marie, die sie nun spielen mußte. Sie war eine arme, geschlagene Marie, die leicht und lächelnd vor den Prüferaugen der anderen arbeiten und leben mußte wie immer.

Marias Leben war furchtbar. Überall, wo sie ging und stand, in jeder Sekunde, die sie durchlebte, fühlte sie das Kind, das in ihr wuchs und wurde. Aus jedem Winkel schien das Schreckgespenst dessen, was nun würde, hervorzukriechen; bei jedem Schritt, den sie mühsam ging, glaubte sie, es mitgehen zu hören. Jeden Tag, jede Nacht durchlebte sie mit diesem Schrecken. Grauenhafte, wahnsinnige Angst nistete sich ein in Marie. Lähmende Trost- und Hoffnungslosigkeit befiel die Einsame, die zu niemandem flüchten konnte. Restloses Sichverlassenfühlen und die Empfindung, daß sie immer tiefer sinkt in bodenlos gähnendes Dunkel, bohrte grausam in ihrem Hirn, setzte sich dort fest und fraß sich satt.

So verging Monat um Monat. Noch war es möglich, ihren Zustand vor den Augen der anderen zu verbergen. Aber — was später? Wenn das nicht mehr möglich war! Marie fühlte sich in einer Falle, aus der es kein Entrinnen gab, ohne sich an den Widerbalken der kleinen Öffnung zu zerfleischen.

Um diese Zeit begann Marie manchmal leise zu wimmern, ununterbrochen, stundenlang, die Nacht hindurch. Manchmal wachte sie endlich für eine halbe Stunde Ruhe gefunden hatte wachte sie plötzlich von einem Ziehen und Zeren in ihrem Leibe auf. Es war ihr, als ob das Kind sich in ihrem Leibe bewege, als ob es nicht Raum genug habe oder sich wender wolle. Sie glaubte, genau das andere, neue Herz pochen zu hören; manchmal sogar, das Kind wimmern zu hören. Dann stand ihr eigenes Herz still, stockte mit jähem Schläge.

(Wird fortgesetzt)



Betriebsunfälle und Berufskrankheiten

Der Unfallversicherung sind bestimmte Betriebe und Tätigkeiten unterstellt. Die Versicherung erfaßt daher, im Gegensatz zur Krankenversicherung, nur bestimmte Bevölkerungskreise, um sie gegen Unfallgefahren zu schützen, die ihnen aus ihrer Tätigkeit in den der Versicherung unterliegenden Betrieben erwachsen können.

Der Begriff des Unfalls fordert in der Regel ein plötzliches, in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingeschlossenes Ereignis, auf das der Körperschaden zurückzuführen ist. Der Begriff des Unfalls erfordert aber nicht, daß die Unfallgefahr eine besondere, dem Betrieb eigentümliche, oder daß der Verletzte durch die Betriebsbeschäftigung in erhöhtem Maße ausgesetzt war. Das geht daraus hervor, daß als Beschäftigung in einem der Versicherung unterliegenden Betrieb auch der Weg nach und von der Arbeitsstelle anzusehen ist. Weiter gilt als versicherte Tätigkeit die mit der Beschäftigung zusammenhängende Verwahrung, Beförderung, Instandhaltung und Erneuerung des Arbeitsgeräts, auch wenn es vom Versicherten gestellt wird.

Die Versicherung erstreckt sich auch auf häusliche und andere Dienste, zu denen Versicherte, die hauptsächlich im Betriebe oder bei versicherten Tätigkeiten beschäftigt sind, vom Unternehmer oder seinem Beauftragten herangezogen werden.

Der Zurechnung einer unfallbringenden Tätigkeit zum Betriebe stehen nicht entgegen, daß der Versicherte gegen strafrechtliche Vorschriften, Gebot oder Verbot des Unternehmers oder gegen vernünftige Überlegung oder Brauch verstoßen hat. Nur dann ist eine unfallbringende Tätigkeit dem Betriebe nicht zuzurechnen, wenn dabei besondere, betriebsfremde Zwecke auf Absicht und Verhalten des Versicherten derart eingewirkt haben, daß die Beziehung dieser Tätigkeit zum Betriebe bei der Bewertung der Unfallursachen als unwesentlich ausgeschieden werden muß. Spielereien jugendlicher Personen an Betriebseinrichtungen schließen den Schutz der Versicherung nicht aus. Der ganze regelmäßige Aufenthalt an der Betriebsstätte steht unter Versicherungsschutz; dieser Schutz erfaßt darüber hinaus den Gefahrenbereich dieser Stätte.

Bei Körperverletzung, wenn sie vorsätzlich erfolgt, liegt ein Betriebsunfall vor, wenn die Veranlassung dazu wesentlich im Betriebe beruht. So, wenn Aufsichtspersonen Arbeiter wegen ungenügender Arbeitsleistung mißhandeln, oder wenn die vorsätzliche Körperverletzung durch Mitarbeiter an der Betriebsstätte erfolgt. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts ist eine Körperverletzung, die einem Arbeiter von einem Mitarbeiter auf der Betriebsstätte vorsätzlich zugefügt wird, als Betriebsunfall dann anzusehen, wenn sowohl die Veranlassung der Verletzung wesentlich im Betriebe beruht, als auch die verletzende Handlung selbst sich als ein Ausfluß der Betriebsgefahr darstellt.

Der Weg nach und von der Arbeitsstätte beschränkt sich nicht nur auf öffentliche Straßen, er kann sich auch auf nicht öffentlichen Straßen und Wegen, sogar auf Richtwegen über private Grundstücke abspielen (Entscheidung des RVA). Danach bedeutet „Weg“ im Sinne des § 545 a RVO die Befähigungsform des Sichfortbewegens auf ein bestimmtes Ziel hin, in diesem Falle das Sichhinbegeben zur Arbeitsstätte.

Der Weg von der Arbeitsstätte nach Hause endet regelmäßig in der Wohnung des Versicherten. Sobald die Wohnung betreten ist, ist der Weg beendet, es sei denn, daß der Versicherte sich noch mit der Verwahrung des Arbeitsgeräts oder sonstiger Beschäftigung mit diesem (Instandhaltung, Erneuerung) befassen muß.

Die Entschädigungspflicht einer BG ist vom RVA auch in einem Falle bejaht worden, wo ein Versicherter auf dem Wege von der Krankenkasse zur Arbeitsstätte einen Unfall erlitt. Auch der Unfall eines Arbeiters, der während des ihm vertragsmäßig zustehenden Urlaubs am Lohnzahlungstage mit einem Fahrrad zum Betriebe fuhr, um seinen fälligen Lohn zu holen und auf diesem Wege verunglückte, ist als entschädigungspflichtig angesehen worden. In einem anderen Falle hatte ein Versicherter sich zum Betrieb begeben, um Urlaub zu erlösen. Beim Fortgehen rutschte er aus und verunglückte. Der Unfall wurde als entschädigungspflichtig anerkannt mit der Begründung, daß der Kläger sich nicht nur im eigenwirtschaftlichen Interesse in die Betriebsräume begeben, sondern auch im Interesse des Betriebes, um der für diesen geltenden Arbeitsordnung zu genügen und die Entscheidung seines Vorgesetzten hinsichtlich des erbetenen Urlaubs einzuholen.

Auch die Versicherung eines hauptsächlich im Betriebe tätigen Arbeiters ist bei Wahrnehmung der Geschäfte eines Krankenbesuchers vom RVA anerkannt worden. Das Beschäftigungsverhältnis muß in der Hauptsache unter die Versicherung fallen, es muß die Veranlassung zur Heranziehung zu häuslichen und „anderen Diensten“ bilden. Nicht erforderlich ist die Erteilung eines besonderen Auftrages zu der einzelnen Dienstleistung. Der Auftrag kann sich auf eine Anzahl von Verrichtungen beziehen, es kann sogar genügen, daß die „anderen Dienste“ mit stillschweigender Zustimmung des Unternehmers erfolgen.

Zu den entschädigungspflichtigen Unfällen zählen auch eine Reihe Berufskrankheiten. Der Arzt ist nach der „Zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten“ vom 11. Februar 1929 und der dazu ergangenen Durchführungsvorschriften des Reichsarbeitsministers vom 2. Juni 1929 verpflichtet, schon dann Anzeige zu erstatten, wenn er bei einem Versicherten Krankheitsmerkmale feststellt, die den begründeten Verdacht einer Berufskrankheit rechtfertigen. Diese Pflicht der Anzeige gilt nicht nur für den behandelnden Arzt, sondern auch für den ärztlichen Gutachter. Eine Abschrift der ärztlichen Anzeige hat das zuständige Versicherungsamt nicht nur dem beamteten Arzt, sondern daneben auch dem Gewerbeaufsichtsbeamten zu übermitteln. Gegen Ärzte, die ihre Anzeigepflicht schuldhaft verletzen, indem sie eine solche Anzeige nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht erstatten, kann das RVA Geldstrafen verhängen. Denn durch solche Unterlassungen wird vielfach die Durchführung eines Heilverfahrens zum Schaden der Versicherten verzögert.

Über den Anspruch auf Entschädigung hat die Berufsgenossenschaft im Feststellungsverfahren zu entscheiden. Wird der Anspruch abgelehnt, so muß der Versicherte binnen einem Monat Berufung an den Senat für Berufskrankheiten beim RVA einlegen.

Zu den Berufskrankheiten zählen unter anderem: Erkrankungen durch Manganverbindungen, durch Schwefelwasserstoff, durch Kohlenoxyd, Hauterkrankungen der Galvanisierer, durch Ruß, Paraffin, Teer, Anthrazen, Pech und verwandte Stoffe. Erkrankungen der Muskeln, Knochen und Gelenke durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen, Staublungenkrankungen sowie Erkrankungen der Atmungsorgane durch Thomasschlackenmehl, grauer Star usw.

Unfälle durch Karabinerhaken

Die Vorschriften der Berufsgenossenschaften verlangen für Arbeiten an gefährlichen Stellen die Verwendung von Sicherheitsgürteln und Fangleinen. Die Fangleinen müssen 12 mm stark und mit Leibgurt sowie Sicherheitsgürteln versehen sein. Bestimmte Vorschriften über die Sicherheitshaken bestehen nicht und der an den Fangleinen allgemein übliche Karabinerhaken (siehe Abb. 1)

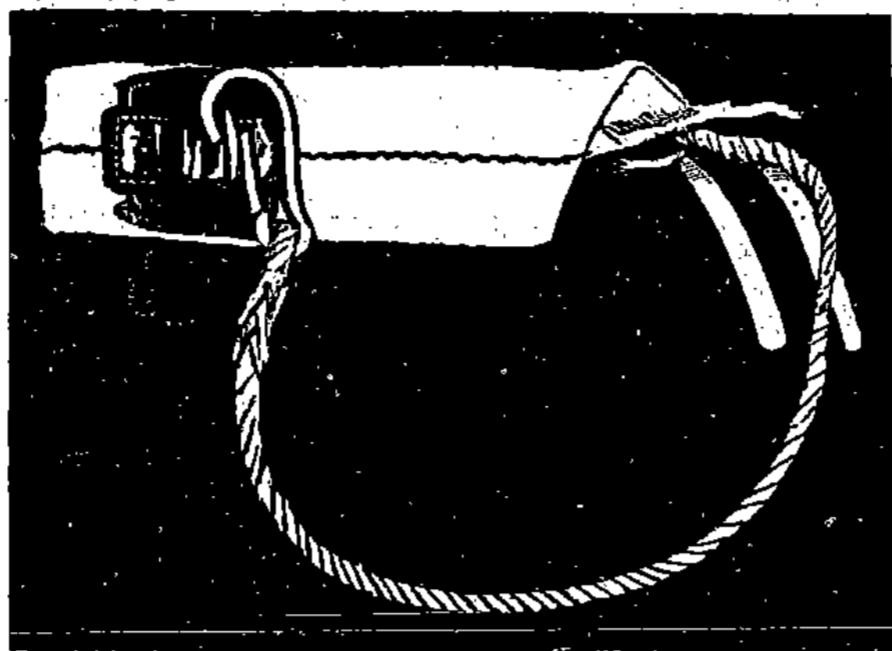


Abb. 2

wird als vollkommen unfallsicher angesehen. Und doch ist dieser Karabinerhaken unzuverlässig. Bei seiner Anwendung ereignen sich durch unfreiwilliges Selbstöffnen des Hakens Unfälle, die zum Absturz führen, wenn der Träger des Gürtels den Vorgang nicht bemerkt. Der Karabinerhaken hängt nämlich lose im Gürtelhalterring, sobald der Träger des Gürtels auf dem Dach oder am Mast einen festen Sitz oder Stand gefunden hat. Durch die Bewegungen des Gürtelträgers nimmt die Leine mit dem Sicherheitshaken alle möglichen Stellungen ein und es kommt sehr oft vor, daß der Karabinerhaken auf den oberen Teil des Halterings zu liegen kommt. Bei einem Ausgleiten des Gürtelträgers kommt die Fangleine in Spannung und der Karabinerhaken muß sich verkanten, um eine geradlinige Fortsetzung des Halteseils zu bilden. Es tritt eine unfreiwillige Trennung von Gürtel und Halteseile ein. Der Vorgang spielt sich wie folgt ab: Der Gürtelring ist fest angenäht. Der Karabinerhaken ist beweglich. Bei der Einkantung des Karabinerhakens muß der in seiner Lage feststehende Gürtelring gleichzeitig mit seinem oberen und unteren Teil auf den Karabinerhaken von innen und außen drücken (siehe Abb. 2); jede der beiden gleich großen Kräfte hat aber entgegengesetzten Richtungssinn. Bei dem üblichen Karabinerhaken (Abb. 1) trifft nun die eine Kraftäußerung

auf den festen Hakenteil, die andere auf die bewegliche Zunge. Diese wird niedergedrückt und der Ring muß aus dem Karabinerhaken herausgleiten. Der Absturz ist da. Den Vorgang kann sich jeder Kollege, der mit Fangleine und Sicherheitshaken zu tun hat, selber demonstrieren.

Die Sicherung mit dem üblichen Karabinerhaken entspricht also nicht den Anforderungen an eine wirkliche Sicherheitsgewähr. Um das unfreiwillige selbsttätige Öffnen des Karabinerhakens zu verhindern, muß das auftretende Kräftepaar unwirksam gemacht werden. Dem entspricht der in Abb. 3 dargestellte Plötz-Haken. Bei diesem ist die Konstruktion so durchgeführt, daß bei jeder Verkantungsstellung von innen und außen ein Druck auf die bewegliche Zunge des Halterings ausgeübt wird. Dieser Druck hat jedoch verschiedenen Richtungssinn mit dem Ergebnis, daß durch die beiderseits gleich große Kraftwirkung die bewegliche Zunge unverrückbar fest in ihrer Verschlusslage gehalten wird. Eingehende Prüfungen dieses Karabinerhakens haben seine Zweckmäßigkeit ergeben. Die Reichsbahn verwendet neuerdings nur noch den Plötz-Haken. Der Verband der deutschen Bau- und gewerkschaftlichen Berufsgenossenschaften hat den Haken gutachtlich als wesentliche Verbesserung gegenüber allen bisher bekannten Karabinerhaken bezeichnet. Er entspricht den Unfallverhütungsvorschriften und ist zur Verwendung

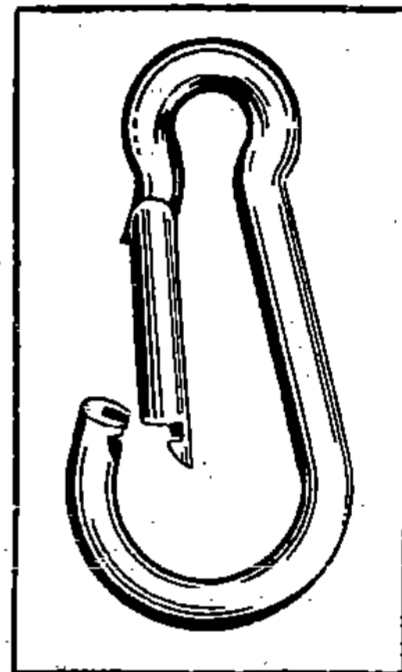


Abb. 1

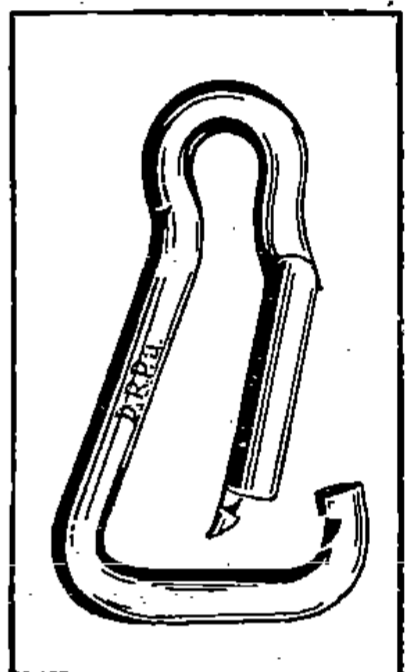


Abb. 3. Plötz-Haken D.R.P.

bei den Dachdeckern, Klempnern, Elektroinstallateuren freigegeben. Die Kollegen müssen mit Rücksicht auf den Unfallschutz ihr Augenmerk auf diese Angelegenheit richten und sollten überall die Einführung des Plötz-Hakens verlangen, um Unfälle durch das Aushängen des Karabinerhakens zu vermeiden. K. M.

Gegen den Gesundheitspaß

In Nummer 17 der Metallarbeiter-Zeitung berichteten wir über die Bestrebungen zur Schaffung eines Gesundheitspasses, die vom Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung ausgehen. Der Paß soll die gesundheitliche Ansiehung für die Berufsarbeit fördern. Er wird als Einrichtung gepriesen, die dem Arbeiter besonders nütze. Gegen diese Auffassung wendet sich Dr. Meyer-Brodnitz in der Gewerkschaftszeitung. — Sein Urteil geht dahin, daß die Einführung eines Gesundheitspasses sehr gefährliche Folgen für die breiten Massen der Arbeiter und Angestellten haben kann.

Der vorgeschlagene Paß ist ein Büchlein von 64 Seiten, das mit der amtlichen Geburtsurkunde beginnt, die wichtigsten Daten über Erblichkeit, Geburtsumstände, Wachstum und Zahnbildung des Kindes enthält. Der Paß begleitet das Kind durch das erste krankheitsgefährdete Lebensjahr, durch das Kleinkinderalter und durch die Schule. Ferner finden sich Vordrucke über überstandene Krankheiten und Unfälle, ein Teil ist der Eheberatung gewidmet. Die Eintragungen über den Gesundheitszustand wiederholen sich fünfjährig. Der Paß schließt mit der Eintragung der Todesursache.

Ein solcher Paß kann sehr nützlich sein. Die gesammelten Gesundheitspässe würden ein einzigartiges Material für die Erblichkeitslehre sein. Versicherungsträger und Ärzte könnten davon Nutzen haben, vorausgesetzt, daß diese Gesundheitspässe zuverlässig geführt sind. Aber das halten wir für unmöglich. Die Eintragungen im Kindesalter wären wichtig für die spätere schulärztliche Überwachung. Mütter und Kinder würden zur Gesundheitsüberwachung erzogen. Diese Ziele sind aber auch auf anderem Wege zu erreichen. Die Erziehung der Mütter zur hygienischen Überwachung der Kinder kann durch die Säuglingsfürsorge geschehen. Die gesundheitliche Eignung der Heiratswilligen kann durch Gesundheitsatteste nachgewiesen werden.

Die Nachteile des Gesundheitspasses, die den hygienischen Vorteilen gegenüberstehen, geben zu den schwersten Bedenken Anlaß. Für die Zuverlässigkeit der Eintragungen sind keinerlei Sicherheiten gegeben. Eine Eintragung im Gesundheitspaß über Tuberkulose, Krebsgeschwüre oder gar syphilitische Ansteckungen werden als furchtbarer Makel empfunden und zeichnen den Inhaber des Gesundheitspasses für das ganze fernere Leben. Dabei ist nicht einmal die Gewähr gegeben, daß die ärztliche Diagnose richtig ist und einer Nachprüfung standhält. Die gegensätzlichen ärztlichen Urteile sind uns aus dem versicherungsrechtlichen Streitverfahren genügend bekannt. Die Eintragungen im Paß werden übersteigerte Selbstbeobachtung und unerwünschte Wirkungen auf das Seelenleben des Patienten auslösen. Krankheitsangst und Krankheitszuchtung wird die Folge sein.

Die größten Gefahren erwachsen aber dem arbeitenden Menschen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Wenn auch der Arbeitgeber nicht die Einstellung von der Vorlage des Gesundheitspasses abhängig macht, so wird der günstige Gesundheitspaß freiwillig vorgelegt werden und das Nichtvorzeigen des Passes den Arbeitssuchenden als Gesundheitsgefährdeter erscheinen lassen. Demnach wird der Paß nicht zur Gesunderhaltung dienen, sondern Veranlassung zur Meidung des Arztes

sein, damit nicht das Fortkommen hindernde Eintragungen erfolgen. Wir bekämen kranke Arbeiter, die Gesundheit simulierten. Ein verunglückter Arbeiter würde überhaupt schwer Arbeit finden. Der hygienisch gutgemeinte Gesundheitspaß wird so zum Steckbrief, der das Fortkommen hindert. Diesen Steckbrief müssen wir ablehnen.

Eine Heilquelle aus dem Altertum

In Pergamon in Kleinasien wurde bei Nachgrabungen unter der Leitung von Theodor Wiegand die alte Heilquelle entdeckt, durch die einst das Bad Pergamon berühmt war. Als nach Wegräumung des Schuttes die Quelle wieder hervorbrach, verbreitete sich die Kunde davon unter den Eingeborenen, einem Gemisch von Türken und Griechen, und die Leute eilten hinzu, um das sagenhafte kostbare Wasser in Gefäßen zu holen. Über diese Heilquelle sind uns zahlreiche Nachrichten aus dem Altertum erhalten, so daß wir uns ein gutes Bild jener Badesitten und Anschauungen machen können. Es gab Kuren ganz wie heute: Lehm packungen und Trinkkuren, Bäder und gymnastische Übungen. Das Bad Pergamon half gegen eine Unmenge von Leiden, von Fettsucht angefangen bis zur Melancholie. Man arbeitete mit Suggestion und hypnotischen Kurbefehlen, und alle modernen Schlager finden sich dort vorweggenommen, sogar Bestrahlungen, diese freilich nur mit Sonnen- und Lampenlicht.

Da die Kranken damals in der Tempelvorhalle schlafen mußten und die Priester besonderen Wert auf dies Schlafgebot legten, so kann vermutet werden, daß dort möglicherweise radioaktive Ausstrahlungen wirksam sind. Die ganze Anlage bestand aus mehreren Tempeln und Säulengängen. Der Weg zum heiligen Quell führte, wie die Ausgrabungen ergeben haben, durch eine 60 Meter lange unterirdische Straße, die unmittelbar am Quell endigte. Offenbar wurde also stark mit psychischen Einwirkungen gearbeitet, da die Kranken aus dem Dunkel des Zugangsstollens plötzlich vor die im hellen Licht sprudelnde Quelle treten mußten. Zur Zeit der Blüte von Pergamon lebte einer der berühmtesten Ärzte des Altertums dort, Galenos oder kurz Galen genannt. Erwähnen wir noch, daß die ausgegrabenen Reste auf eine merkwürdige Anlage von Liegehallen schließen lassen, wobei Norden und Osten durch Mauern abgeschlossen, Süden und Westen aber offen waren. Hier haben wohl die Kranken gelegen, wie sie heute noch in Davos liegen, von den Strahlen der Sonne die Heilung erwartend.

Nicht ganz zufrieden

Bei einem Zahnarzt in M., im biederem Schwabenland, hatte sich ein Bauer ein komplettes Gebiß anfertigen lassen. Hoherfreut über die so schöne Restaurierung seiner Kauwerkzeuge, zieht er ab, um aber nach ein paar Tagen schon wiederzukommen mit dem absonderlichen Wunsch, der Zahnarzt möchte ihm doch den unteren Eckzahn aus dem neuen Gebiß entfernen.

„Ja, warum denn das?“ fragt erstaunt der Zahnkünstler. Der Alte kratzt sich nun etwas am Kopf und sagt endlich: „Hannoh — die Luck brauchet i halt, daß i moi Pfeif nahänge ka.“



Verbandsleben



Her mit der 40-Stunden-Woche!

Ein arbeitsloses Verbandsmitglied schreibt:
Die Notwendigkeit der vierzigstündigen Arbeitswoche kann nicht genug in die Köpfe der maßgebenden Stellen sowie der noch beschäftigten Arbeiterschaft eingehämmert werden. Es steht fest, daß Hunderttausende von Erwerbslosen bei Verkürzung der Arbeitszeit wieder eingestellt werden können. Solange noch keine gesetzliche Regelung erfolgt ist, nutzen auch die vielen Entschließungen nichts, die im Sinne der Verkürzung gefaßt werden, wenn nicht von den arbeitenden Kollegen der Anfang gemacht wird. Wo bleiben unsere sozialen Betriebe (Konsumvereine usw.), wo die kleinen und großen Werkstätten, wo wir infolge unserer Organisationsstärke schon an eine Verkürzung der Arbeitszeit herangehen können?

Wir müssen leider feststellen, daß in diesen Betrieben fortwährend Kollegen gekündigt werden, ohne daß an eine Arbeitszeitverkürzung gedacht wird. Woran liegt das? Leider muß gesagt werden, daß dabei die materialistische Einstellung eines Teiles der Belegschaften mit Schuld ist, für die ohne vollen Lohnausgleich die Frage der Arbeitszeitverkürzung undiskutabel ist. Ich erinnere an die Vorkommnisse in einem großen Betrieb einer Stadt in Westfalen, wo die Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich vier Stunden und die damit verbundene Einstellung mehrerer Hunderte von Erwerbslosen nur an dem Lohnausgleich gescheitert ist. Wo bleibt bei uns organisierten Kollegen, die wir schon Jahre auf der Straße liegen und zum Teil Wohlfahrtsempfänger sind, der Ausgleich. Es wäre nur zum Vorteil für uns Arbeitslose, wenn jeder der noch beschäftigten Kollegen auch einmal die Annehmlichkeiten einer Erwerbslosigkeit mitmachen müßte. Ist doch zwischen den arbeitenden und den erwerbslosen Kollegen eine Entfremdung eingetreten, die nicht zuletzt durch die Verständnislosigkeit von noch beschäftigten Arbeitern für unsere Lage verursacht ist. Nicht Egoismus, nicht Materialismus soll die Stunde regieren, sondern die Solidarität.

Nichts ist berechtigter, als der Schrei nach verkürzter Arbeitszeit. Diese ist die letzte Hoffnung aller derjenigen, die infolge ihres vorgerückten Alters nie wieder in den Arbeitsprozeß eingestellt werden. Mögen diejenigen Kollegen, die heute noch in Stellung sind, sich nicht von dem Gedanken leiten lassen, daß für sie zurzeit die soziale Frage gelöst sei, sondern mithelfen, das traurige Los der Erwerbslosen zu beseitigen. Wie niederdrückend wirkt es, trotz beruflicher Tüchtigkeit keine Aussicht auf Arbeit mehr zu haben und im besten Mannesalter auf die unzulängliche öffentliche Unterstützung angewiesen zu sein. Neue Notverordnungen sollen erlassen werden. Bei der Zusammensetzung des Reichskabinetts ist es sehr wahrscheinlich, daß auch in der Arbeitslosenversicherung erhebliche Verschlechterungen eintreten werden. Für die Sozialdemokratie alle Ursache, auf der Hut zu sein, um jeden Angriff auf die Sozialversicherung abzuwehren zu können. Mit einer Einberufung des Reichstages darf nicht gewartet werden, denn unendlich viel steht jetzt wieder für die Arbeiterschaft auf dem Spiele. Wir haben keine Veranlassung, noch weiter die Regierung Brünning zu tolerieren, wenn sie die Lage der Arbeiterschaft noch weiter verschlechtert.
Adolf Franke.

In dem Aufsatz des Kollegen W. L. Her mit der 40-Stunden-Woche (Nr. 14) ist allen arbeitslosen Kollegen aus der Seele gesprochen worden. Daraus ist wenigstens zu ersehen, daß auch unsere Arbeitsbrüder noch an ihre draußestehenden Genossen denken, selbst dann, wenn sie Opfer bringen müssen. Die Zeit ist bitter ernst, so daß endlich angefangen werden muß, wenigstens den Versuch zu unternehmen, uns wieder in den Produktionsprozeß einzureihen. Machen wir uns nichts vor. Heute schon sind gewisse Spannungen zwischen arbeitenden und arbeitslosen Klassengenossen vorhanden, die mit der Zeit unüberbrückbar werden könnten, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird. Die Verhältnisse sind doch so, daß derjenige, der zuletzt in Arbeit kommt, zuerst wieder über die Klänge springen muß, und dadurch kommt es, daß mancher schon die „Börse“ vier- bis fünfmal und noch öfter zieren durfte, während andere Kollegen die „Segnungen des Arbeitsamtes“ noch nicht kennen gelernt haben. Leicht erklärlich ist es, daß dadurch böses Blut hervorgerufen wird. Auch für den Kampf sind die Menschen kaum noch zu gebrauchen, die jahrelange Arbeitslosigkeit zermürbt und verbittert. Leicht wird dann Phrasenreden nachgelaufen. Die konsumistische und Nazibewegung hätten lange nicht solche Größe erreicht, wenn die Arbeit besser verteilt worden wäre.

Deshalb, Kollegen in den Betrieben, kämpft für die 40-Stunden-Woche. Die Arbeitslosen werden auch Dank wissen für euer solidarisches Verhalten und dann auch Schulter an Schulter mit euch wieder für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Diese praktische Solidaritätsbezeugung wird wieder klare Köpfe schaffen und schnell mit dem Koz- und Nazi-Spak aufräumen.
Heischröka.

Neuer Kampf um die Betriebskrankenkassen

Durch die Notverordnung vom 21. Juli 1930 wurden auch die Bestimmungen über die Errichtung von Betriebskrankenkassen (§ 235 RVO) geändert. Während früher der Betriebsrat seine Zustimmung zur Errichtung von Betriebskrankenkassen geben mußte, wurde jetzt an seiner Stelle die Zustimmung der Belegschaft erforderlich. Die Regierung Brüning gab hier einen alten Wunsch der Unternehmer nach. Ihnen war es schon immer unangenehm, daß sie bei der Errichtung von Betriebskrankenkassen die Zustimmung der Betriebsräte einholen mußten. Diese gaben nämlich diese Zustimmung sehr selten, und zwar geschah dies aus wohlwollenden Gründen. Die Betriebsräte wollten mit der Verzögerung der Zustimmung meist einer weiteren Zersplitterung des Krankenkassenwesens vorbeugen. Andererseits hatte aber auch die Erfahrung gezeigt, daß für die Arbeiter die Vorteile einer Betriebskrankenkasse gegenüber einer Ortskrankenkasse nicht sehr erheblich sind, diese Vorteile aber durch Nachteile mehr wie ausgeglichen werden. Schließlich wissen die Betriebsräte auch, daß der Druck der Unternehmer nach Betriebskrankenkassen bestimmte

politische Hintergründe hat, die auf die Einengung der Sozialversicherung hinauslaufen.

Deshalb freuten sich die Industriellen sehr, als durch die Notverordnung das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ausgeschaltet wurde. Sie glaubten, nun die Schwierigkeiten bei der Errichtung von Betriebskrankenkassen überwunden zu haben. Aber sie hatten sich in der gewerkschaftlichen Disziplin der Arbeiterschaft getäuscht. In verschiedenen Fällen, wo nach Inkrafttreten der Notverordnung Abstimmungen über Errichtung von Betriebskrankenkassen stattfanden, stimmten die Arbeiter immer in übergroßer Mehrheit gegen die Errichtung. Darob bittere Enttäuschung, die zu verbergen schwer wird. Deshalb macht die Arbeitgeber-Zeitung den Vorschlag, die Entscheidung über die Errichtung von Betriebskrankenkassen den Arbeitern eines Betriebes wieder zu entziehen. Das Unternehmerblatt kommt nämlich zu dem Schluß, daß an diesen Abstimmungsergebnissen nur das — Hineintragen politischer Dinge in den Betrieb schuld sei. Damit diese „parteiliche Beeinflussung der Arbeiterschaft“ beseitigt wird, schlägt man wieder das Zustimmungsrecht der Betriebsräte vor. Sollte aber die Zustimmung der Betriebsräte nicht so ausfallen, wie man das wünscht, so soll eine Abänderung oder Nachprüfung ablehnender Entscheidungen der Betriebsräte durch Eröffnung eines Instanzenzuges ermöglicht werden. Dieser Instanzenzug soll über die Versicherungsämter gehen. Das Oberversicherungsamt soll dann in der ganzen Angelegenheit das letzte Wort sprechen. Hierdurch hofft man, alle Schwierigkeiten zu überwinden.

Wenn die Unternehmer ihre Forderung damit begründen, daß sie bei betriebswirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen parteipolitische Einflüsse ausschalten wollen, so muß ihnen gesagt werden, daß wirtschaftliche und soziale Umstände in innigem Zusammenhang mit politischen Faktoren stehen. Es ist deshalb naiv, politische Umstände in wichtigen Betriebsfragen, an der die Belegschaft unmittelbar beteiligt ist, ausschalten zu wollen. Die Arbeiterschaft ist sich über die Berechtigung ihrer ablehnenden Haltung in bezug auf die Betriebskrankenkassen klar. Sie wird deshalb jedem weiteren Angriff auf ihre Selbstbestimmungsrechte zu begegnen wissen.

Man sucht Dumme

Im Westfälischen Anzeiger vom 12. März stand folgende Anzeige:

Biete

Dauerbeschäftigung dem, der mir 1—2000 Mk. gegen Sicherheit leiht. Angebote u. G. 3161 an die Geschäftsstelle des Westf. Anzeigers.

Da schon einmal von einer Firma, die Konkurs gemacht hatte, ungefähr 50 Arbeitern und 30 Angestellten angeboten wurde, je 1000 M der Firma zu geben, um den Betrieb aufrechtzuerhalten (ist allerdings auf den Rat der Arbeiterorganisation abgelehnt worden), hatten wir ein Interesse daran, zu erfahren, welche Firma sich hinter der Anzeige versteckte. Ein Mitglied des DMV schrieb und erhielt (aus Ahlen) folgendes Schreiben:

„...teile Ihnen mit, daß die Beschäftigung in oben abgebildeter Blechwarenfabrik erfolgen soll. Es ist am besten, wenn Sie Interesse haben, daß Sie am Montag oder Dienstag zu einer Besprechung nach hier, Beckumer Straße 45, kommen. Ich möchte mich umgehend entscheiden und muß gegen Mitte der Woche selbst für einige Tage verreisen. Falls Sie bis Dienstag abend nicht hier waren oder keinen Bescheid geben, nehme ich an, daß kein Interesse vorhanden ist.“

Hochachtungsvoll

gez. Joh. Heinrich Köttendrop.“

Auf dem Briefbogen war ein großes Werk gedruckt, das auf eine stättliche Anzahl Arbeiter schließen ließ. Wir haben nun festgestellt, daß diese Firma nazifreundlich eingestellt ist. Der Buchhalter Meier ist der Leiter der Nazis in Ahlen i. W. Auch ist schon das Lastauto der Firma zu Stahlhelm-Ausflügen benutzt worden. Als der Kollege bei der Firma vorsprach, waren in diesem „großen“ Werk anwesend eine Reinemachefrau, drei weibliche, vier jugendliche und vier ältere Arbeiter. Einer von den letzteren lief in einem feinen hellblauen Arbeitsanzug dort herum. Er war gewiß auch einer von den neuen „Aktionären“, die 1—2000 M der Firma gegen Sicherheit (?) zur Verfügung gestellt hatten. Bemerkten möchten wir, daß nach unseren Erkundigungen Sicherheit nicht vorhanden ist, denn die örtliche Sparkasse hat schon alles beschlagnahmt, so daß für die Krankenkasse für die rückständigen Beiträge der Arbeiter nichts mehr zu pfänden war und die Firma sich einen Bürgen aus Beckum suchen mußte, der sich bereit erklärte, die Schulden bei der Krankenkasse zu übernehmen. Ob dieser auch ein „Aktionär“ war, der diesen Nazifreunden unter die Arme greifen will, konnten wir nicht feststellen.

Wir möchten alle Arbeiter warnen, auf derartige Angebote hereinzufallen, denn von Zinsen, die etwa für 1—2000 M gezahlt werden, ist gar keine Rede. Die Nazis sind ja auch Brecher der Zinsnechtschaft. Sie werden es für selbstverständlich halten, daß die armen Teufel, die vielleicht gerne Arbeit haben wollen, auf ihre paar Spargroschen, die sie diesen „vertrauenswürdigen“ Menschen leihen, Zinsen nicht beanspruchen werden. Der Herr Köttendrop hat ja nach dem 14. September v. J. zwei Herrschaftsangehörigen, die bei ihm zu Verhandlungen waren, auch gesagt, es hätte gar keinen Zweck, noch etwas abzuschließen, denn in kurzer Zeit würden keine Tarife mehr bestehen, es würde dann alles „von Berlin aus geregelt“, so daß die Gewerkschaften überflüssig seien. — Wir empfehlen deshalb dringend, auf solche oberflächlichen Angebote auf dauernde Arbeit nicht hereinzufallen. Besonders in der Ahlener Gegend haben wir doch schon trübe Erfahrung gemacht durch den pleitegegangenen Stahlhelmfabrikanten Bernhard Strecktrup, der die Beckumer Kreissparkasse doch ganz gewaltig bemogelt und eine Anzahl kleiner Landwirte zum Ruin gebracht hat.
K. Sp.

SCHRIFTENSCHAU

Arbeiter, werkt auf! Herausgegeben vom Reichsausschuß zur Förderung des Milchverbrauchs, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. Kurzgefaßt, mit anschaulichem Text und guten Bildern ist die Bedeutung dargestellt, die die Milch für die Ernährung des menschlichen Körpers hat. Es soll bei der heutigen knappen Ernährung durch die Milch und ihre Produkte eine zweckmäßige und billigere Ernährung angestrebt werden. Diesem Ziel soll die Werbroschüre dienen.

Forschung ist not. Herausgegeben vom Verein Deutscher Ingenieure. VDI-Verlag GmbH, NW 7. Die Schrift will die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Forschungen im deutschen Volk verbreiten. Durch diese wissenschaftlichen Forschungen sollen neue Arbeitsgebiete und neue Arbeitsmöglichkeiten gewonnen werden.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem 10. Mai, ist der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. Mai 1931 fällig.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anmelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr der erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 4 324 583, lautend auf den Metallarbeiter Arthur Szymanska, geb. am 5. Juni 1885 zu Altona, übergetreten am 18. September 1921. (Bergedorf.)

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Vierter Bauarbeiterschutz-Kongreß

Montag den 8. und Dienstag den 9. Juni 1931 in Berlin

Tagesordnung: a) Eröffnungskundgebung im Plenarsaal des Reichstags. Begrüßungsansprache (Theodor Leipart). „Zweck und Ziel des Bauarbeiterschutzes“ (Nikolaus Bernhard). — b) Kongreßtagung im großen Saal des Gewerkschaftshauses 1. „Die Entwicklung des Bauarbeiterschutzes bis zur Gegenwart“ (Rob. Sachs); 2. „Zusammensetzung und Aufgaben der Bauarbeiterschutzkommissionen“ (Gustav Wüst); 3. „Erkennung und Verhütung von Berufskrankheiten im Baugewerbe“ (Dr. F. K. Meyer-Brodnitz); 4. „Moderne Baumethoden und die damit verbundenen Gefahren“ (Franz Briel). — c) Besichtigung der Bauausstellung.

Die Beschickung des Kongresses geschieht durch die Vorstände der Zentralverbände und die Landeskommissionen für Bauarbeiterschutz. Den freigewerkschaftlich organisierten Baukontrolleuren soll die Teilnahme am Kongreß ermöglicht werden.
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

2000 Musterbeispiele zur Selbstanfertigung von Schriftstücken und Urkunden. Verlag von Klemens Reuschel, Berlin W 5. Vier Bände, jeder Band 5 M, der zweite 6 M. — Es gibt kaum eine Schreibgelegenheit, die der Arbeiter, Mieter und noch mehr der Geschäftsmann mit irgendeiner Behörde, Krankenkasse, Unternehmer usw. haben kann, wofür nicht in einem dieser Bände ein Musterbeispiel zu finden wäre.

Die Handwerkschule. Ein Meisterbuch des gesamten Handwerks. Herausgeber Dr. Hans Meusch, Generalsekretär des deutschen Handwerks- und Gewerkekammertages. Industrieverlag Späth & Linde, Berlin W 10. Das Buch ist eine vollständige Neuerscheinung und sehr wichtig für jeden Handwerker und Gewerbetreibenden. Der Aufgabenkreis des Handwerks ist sehr umfangreich und erschöpfende Literatur war bisher nicht zur Hand. In der vorliegenden Schule sind alle Gebiete von den berufensten Fachleuten in Bearbeitung genommen. Das Werk ist großzügig angelegt. Es soll dem Handwerker, der wohl tüchtig in seinem Fach ist, eine Hilfe sein und Kenntnisse auf den Gebieten des kaufmännischen Lebens, Handels und des Rechtes vermitteln. Das umfangreiche Werk erscheint in Teillieferungen. 50 Lieferungen sind vorgesehen. Die Lieferung zum Preise von 1,75 M.

Illustrierte Gesundheitsschriften für das berufstätige Volk. Die Krankenkassen sind bemüht, durch aufklärende Schriften vorbeugenden Gesundheitsschutz zu pflegen. In den billigen Verhütungsschriften, die zum Preise von 10 Pf. abgegeben werden, wird versucht, eine weitgehende gesundheitliche Aufklärung in dem Kreis der Versicherten zu verbreiten. Heft 1 von Prof. Dr. Müller behandelt Wandern, Turnen und Sport. Heft 2 ist von Prof. Dr. Seligmann verfaßt und behandelt die Thorheiten im täglichen Leben. Das 3. Heft klärt auf über Gesundheit und Körperpflege und hat zum Verfasser den Prof. Dr. Schiff. Die Hygiene der Wechseljahre wird im 4. Heft von Prof. Dr. Liepmann und gesunde und zweckmäßige Kost im 5. Heft von Prof. Dr. Schütz behandelt. Zu beziehen von der Verlagsgesellschaft Deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Lehrjahrgänge und Ausbildung. Die Firma Karl Zeiß in Jena betreibt die Ausbildung der Lehrlinge in guten Lehrwerkstätten nach zeitgemäßen Grundsätzen. Da die Produktion der Firma Zeiß die besten für Präzisionsarbeit geeigneten Kräfte erfordert, kommt der Ausbildung ihres beruflichen Nachwuchses eine besondere Bedeutung zu. Im vorliegenden Werk ist nun vom Zeißbetrieb eine ausführliche und mit Bildern versehene Darstellung über Wesen und Technik der Lehrlingausbildung gegeben. Die im Zeißbetrieb geübte Jugendpflege, die Einrichtungen für Geselligkeit, außerberufliche Weiterbildung, körperliche Tätigkeit und gesundheitliche Beobachtung ist in den notwendigsten Grundzügen mit dargestellt. Das Werk ist im Selbstverlag der Firma Karl Zeiß, Jena, erschienen.



Aus aller Welt



Der Feudalismus in Spanien

Die erfolgreiche spanische Revolution, die zur Beseitigung der Monarchie und zur Regierungsübernahme durch ein republikanisches bürgerlich-sozialistisches Kabinet führte, ist zunächst ein Sieg des politischen und sozialen Fortschritts. Nach den Revolutionen von 1917 und 1918, die die Dynastien der Romanows, der Habsburger und der Hohenzollern endgültig erledigten und Ausgangspunkt gewaltiger Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa wurden, stellt die spanische Revolution die erste große Niederlage jener Reaktionswelle dar, die als Periode der Gegenrevolution den großen Revolutionen folgte. Der blutige Sieg der Reaktion in Ungarn (1919), die Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien (1922), eines absolutistischen Regimes in Jugoslawien, einer Militärdiktatur in Polen und Litauen, die zeitweilige Bedrohung der Demokratie in Österreich und Finnland und der Wahlsieg der Nationalsozialisten im September vorigen Jahres in Deutschland kennzeichneten die Marschroute der Gegenrevolution. Mit dem Erstarken der Gegenkräfte gegen den Faschismus in Deutschland und nunmehr mit dem Sieg der spanischen Republikaner scheint der Gegenstoß eingesetzt zu haben.

Wie immer, bildeten auch in Spanien den Hintergrund der revolutionären Ereignisse wirtschaftliche und soziale Spannungen, die in der bisherigen Staats- und Wirtschaftsverfassung des Landes nicht zur Lösung kommen konnten und darum nach einer Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens drängten. Das Rückgrat der spanischen Volkswirtschaft ist die Landwirtschaft, die die Ernährungsgrundlage für etwa drei Viertel aller Erwerbstätigen abgibt. So ist die Agrarverfassung die Grundlage des sozialen Lebens in Spanien. Die Boden- und Besitzverteilung ist aber noch die des Mittelalters: viel Herrenland und wenig Bauernland. In weiten Teilen Spaniens finden wir kleine Pachtbetriebe und ausgedehnten Großgrundbesitz, die verhängnisvollste aller landwirtschaftlichen Formen, die überhaupt denkbar ist. In den Provinzen, deren Bodenfläche bereits vermessen ist (katastriert) und die etwa ein Drittel der Gesamtfläche Spaniens umfaßt, bestehen 6,66 Millionen Betriebe mit 18 Millionen Hektar Bodenfläche. Etwa 3 Millionen dieser Betriebe sind ausgesprochene Zwergbetriebe mit je unter einem Hektar Bodenbesitz. Ihr Anteil an der Gesamtfläche beträgt nur 2,1 Millionen Hektar, während allein die 200 Betriebe, die hier mit je mehr als 3000 Hektar gezählt wurden, einen Anteil von 17 Millionen Hektar innehaben. Eigene Grund- und Boden hatten allein 0,5 Millionen Kleinbetriebe mit einem Gesamtbesitz von nur 0,3 Millionen Hektar, während 600 Großgrundbesitzer mit je über 3000 Hektar allein 3,4 Millionen Hektar Land gehörten. Dabei lasten auf dem Boden noch hohe, aus dem Mittelalter überkommene grundherrliche Rechte, die außerordentlich drückend sind und am Arbeitsertrag des überlasteten Bauern und Pächters zehren.

Diese unglückselige Bodenverfassung ist zugleich der Grund der unterdurchschnittlich niedrigen Ertragsziffern der spanischen Landwirtschaft. Dem Latifundienbesitzer liegt wenig an einer intensiven Bewirtschaftung seines Bodens, da die ungeheure Größe seines Besitzes ihm auch bei ausgedehnter Wirtschaft ein genügend hohes Renteneinkommen abwirft, das ein luxuriöses Leben in der Hauptstadt, fern von seinen Gütern, gewährleistet. Der Bodeneigentümer überläßt die Bewirtschaftung einem Pächter und lebt in der Stadt von den Pachtrenten, die ihm der Pächter abzuführen hat. Aber auch der Bodenbesitzer der bäuerlichen Kleinbetriebe ist gering, da diese verproletarisierten Bauern in der Regel zu arm sind, um die notwendigen Bodenverbesserungen, vor allem die künstliche Bewässerung des Bodens und den

technischen Fortschritt durchzuführen. Hinzu kommt, was die Lage noch verschärft, eine völlig unzulängliche soziale Gesetzgebung oder richtiger, das Fehlen jeder sozialen Gesetzgebung. Gesetzlicher Pachtschutz ist unbekannt. Die Gesetze erlauben dem Verpächter, den Pachtzins jederzeit zu erhöhen und stellen es in sein Belieben, dem Pächter jederzeit zu kündigen, so daß dieser niemals sicher auf seinem Land sitzt und niemals weiß, ob nicht die von ihm durchgeführten Bodenverbesserungen seinem Nachfolger zugute kommen oder nur dem Pachtherren dazu dienen, den Pachtschilling zu erhöhen.

Aber auch bei der Beschäftigung fremder Arbeitskräfte, die infolge der hohen Geburtenüberschüsse und des dauernden Landhungers in übergroßer Zahl zur Verfügung stehen, sind der Willkür der Großgrundbesitzer keinerlei Schranken gesteckt. Weder Arbeits-, noch Lohn-, noch Kündigungsschutz ist vorhanden; dazu kommt neben der verhängnisvollen Bodenverteilung als zweites drückendes Erbe des Mittelalters die Unwissenheit der breiten Volksmassen. Noch immer sind 40 bis 50 vH der Bevölkerung Analphabeten, die unter der Herrschaft einer reaktionären Geistlichkeit und eines feudalen Grundadels niemals Gelegenheit zu irgendeiner Schulbildung fanden. Dem Bauern ohne Land entspricht das Bauernkind ohne Schule!

Die drückende Lage der proletarisierten und in stärkstem Elend lebenden Bauern- und Tagelöhnerschichten auf dem Lande ist zugleich eine ständige Bedrohung der städtischen Arbeiter, die in den seit dem Krieg treibhaushaft entwickelten Industrien beschäftigt sind. Eine Reservearmee durch Landflucht ständig aufgefüllter Lohndrücker ist das schwarze Gespenst, das dem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der spanischen Industriearbeiterschaft hemmend im Wege steht. Statt durch wirksame Bodenreformen die Lage dieser unter stärkstem feudalen Druck stehenden Bevölkerungsmassen zu bessern, versuchten die bisherigen Diktatur- und Militärregierungen, getragen von der Idee eines in den Nachkriegsjahren überall in der Welt fieberhaft überhitzten Wirtschaftsnationalismus, eine künstliche Scheinblüte gewisser Industrien herbeizuführen, die während des Krieges aufgekommene waren und die mit Hochschutzzöllen, Einfuhrverboten, Subventionen und allen möglichen Mitteln des Verwaltungsprotektionismus um jeden Preis am Leben gehalten wurden. Milliarden an Steuergeldern sind mit diesen Versuchen der Hochzüchtung „nationaler“ Industrien verpulvert worden, statt mit allen Mitteln die Lösung der dringenden Lebensfragen des spanischen Volkes — Agrarproblem, Verkehrswesen, Elektrifizierung — anzustreben. Das Ergebnis dieser kostspieligen, weil sinnlosen und nur die Lebenshaltung der breiten Massen verteuernenden Wirtschaftspolitik war trotz größten Steuerdrucks allein ein unheimliches Anwachsen der öffentlichen Schuld und im Zusammenhang damit die Währungsfrage.

Unterlassungs- und Tatsünden bilden so das Rückgrat der spanischen Revolution, deren Ziel nicht auf Sozialismus, sondern auf Entfeudalisierung gerichtet ist. Sie ist ihrem Wesen nach eine bürgerliche Revolution, die nur dann von Bestand sein wird, wenn sie die gedrückte, verelendete, analphabetische Bauernschaft vom feudalen Druck erlöst. Der Einfluß der spanischen Arbeiterbewegung ist noch gering und fast ausschließlich auf die großen Industriestädte, vor allem auf Madrid und Barcelona, beschränkt. Auch in Spanien muß erst die bürgerliche Revolution die Voraussetzungen der kommenden sozialistischen schaffen. E. N.

Festlegung des Achtstundentages unterbreitet. Der Vorschlag einer gesetzlichen Unfallversicherung war insofern von allergrößter Wichtigkeit, weil die Zahl der Unfälle infolge der mangelhaften technischen Einrichtungen in der dortigen Industrie ganz erschreckend zunahm, als die Arbeiterzahl durch die Einwanderung größer wurde. Trotz dieser Verhältnisse kam die Regierung erst im Jahre 1927 mit ihrem ersten Unfallhaftpflichtgesetz heraus, das natürlich die Vorschläge der Arbeiterschaft nur in geringem Maße berücksichtigte. Im selben Jahre folgte auch noch eine Verordnung über die Beschäftigung von Frauen und Kindern in der Industrie. Auch diese Verordnung fiel nicht nach den Wünschen der Arbeiterschaft aus, weil sie außer dem Verbot der Nachtarbeit für Frauen nur unzulängliche Bestimmungen des Arbeiterschutzes enthielt. Auf dem Wege des Arbeiterschutzes stellte diese Verordnung allerdings einen beachtenswerten Markstein im Kampfgebiet der jüdischen Arbeiterbewegung dar, denn die Kinderausbeutung wurde vordem in Palästina in einer Weise betrieben, wie es in keinem Kulturlande der Welt mehr möglich war. Noch im Jahre 1925 konnte ermittelt werden, daß nicht weniger als 34 vH aller jüdischen Arbeiter Palästinas in einem Alter von weniger als 14 Jahren zu arbeiten beginnen und daß ein Drittel aller arbeitenden jüdischen Kinder zwischen 8 und 12 Jahren länger als 13 Stunden täglich arbeiten mußte.

Seit 1927 ist die allgemeine Arbeiterorganisation Palästinas ständig bemüht, durch weitere Forderungen die Sozialgesetzgebung des Landes den erreichten Verhältnissen in den meisten Kulturländern anzupassen. Der Kampf um eine allgemeine Arbeitslosenversicherung, um die Einführung einer Krankheits- und Altersversicherung und ähnliche Einrichtungen hat begonnen und wird von der Arbeiterorganisation mit der größten Zähigkeit geführt, trotzdem die Regierung den meisten Vorschlägen noch ablehnend gegenübersteht. So sehen wir also, daß auch in diesem Lande, wo noch sehr rückständige Verhältnisse herrschen, das Wirken der Arbeiterbewegung gute Früchte bringt und daß es auch dort Schritt für Schritt vorwärts geht. Dr. R a k u s.

Arbeitslosigkeit treibt Auswanderer heimwärts

Heute sind die Vereinigten Staaten kein Land mehr, in das die Arbeiter aus der ganzen Welt einwandern und in dem es sich besser leben läßt. Die ständige Arbeitslosigkeit und die immer schlechter werdenden Lebensverhältnisse treiben jetzt mehr Fremde fort, als sie Fremde anziehen, wie die Zahlen, die der Einwanderungskommission veröffentlicht, beweisen. Außerdem werden die gesetzlichen Einschränkungen weiter so sehr eingeeignet, daß die Einwanderung beinahe aufhört, eine Bedeutung zu haben.

Daß jetzt mehr Einwanderer die Vereinigten Staaten verlassen, als in sie einwandern, zeigt die Tatsache, daß im Januar 21 566 Personen in andere Länder abreisten, während nur 12 815 Personen zugelassen wurden. Die Zahl der amerikanischen Bürger, die die Vereinigten Staaten verließen, überstieg im letzten Monat die Zahl derer, die zurückkehrten, und zwar betrug die Zahl der Auswanderer 24 885, der Zurückkehrenden 19 844.

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten ist während des vergangenen Jahres um die Hälfte zurückgegangen. Die Zahl der Einwanderer überschritt in dem am 30. Juni 1930 zu Ende gegangenen Jahr nicht 155 000, verglichen mit 307 000 im Jahre 1928. Die mexikanische Einwanderung ist während der letzten paar Jahre von 59 000 auf 40 000, und im letzten Jahr von 12 000 auf 5000 gefallen. Man berichtet, daß Tausende von Mexikanern das Leben in den Vereinigten Staaten so schwer finden, daß tagtäglich von Los Angeles allein 30 bis 40 Familien (über 150 Personen) nach Mexiko zurückkehren.

Andere Länder wie Argentinien, Kanada und Australien, die sonst das Ziel der Einwanderer „aus der alten Welt“ zu sein pflegten, haben auch aufgehört, in irgendeiner Beziehung jene Rolle zu spielen, solange die gegenwärtigen Verhältnisse anhalten. Nicht nur hemmen diese Länder die Einwanderung durch neue Bestimmungen, sondern Berichte aus Argentinien zum Beispiel lassen verlauten, daß zur Zeit viele Ausländer so schwer Arbeit finden, daß sie danach trächten, in ihre Heimat zurückzukommen.

Die Krise in Australien

Nicht weniger als 23½ vH aller Arbeiter Australiens sind vollständig ohne Beschäftigung, während ein weiterer großer Teil teilweise oder mit Unterbrechung arbeitet. Von 2 010 000 Arbeitern ist fast eine halbe Million ohne Beschäftigung. Das ganze Land hat ungefähr 6 Millionen Einwohner. Nach einer Feststellung steht ziemlich ein Viertel der Bevölkerung einschließlich der Akkordarbeiter am Rande der Armut. Dabei scheint die Lage nicht besser, sondern immer noch schlechter zu werden.

Hungerrevolten sind sowohl in Australien als auch in den Vereinigten Staaten vorgekommen. Die Demonstrationen, die in Adelaide, der Hauptstadt Südaustraliens, stattgefunden haben, waren erfolgreicher als zahlreiche Kundgebungen zuvor. Man sagt, daß Tausende von Akkordarbeitern die Regierungsgebäude stürmten und Lebensmittel verlangten. Viele schon halbverhungerte Arbeiter wurden durch den Eingriff der Polizei mitleidslos niedergeschlagen; zum Teil waren sie so verwundet, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

Um vor ärgstem Hunger zu bewahren will die Behörde einen Unterstützungsbeitrag in Aussicht stellen, aber dieser reicht nicht mal für die bescheidensten Anforderungen aus. Während der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise wurden von den Arbeitslosen Organisationen gegründet, um für Arbeitssuchende freie Eisenbahn- und Straßenbahnfahrten, für schulpflichtige Kinder der Arbeitslosen kostenlos Mahlzeiten zu beschaffen und das Exmittieren aus den Wohnungen zu verhindern.

Trotz dieser schlimmen Zustände wollen die Unternehmer und die Regierung die Sache durch einen Abzug von 10 vH vom geltenden Grundlohn noch viel schlimmer machen.

Der Bundesregierung, die durch die Arbeiterpartei kontrolliert ist, wird von den Gewerkschaften vorgeworfen, daß sie es unterlassen habe, diese Kürzung zu verhindern. Ein allaustralischer Gewerkschaftskongreß fand statt, der sich mit der Erklärung des Generalstreiks beschäftigte. Er kam aber nach langer Erörterung zu dem Entschluß, von diesem Streik eben wegen der großen Arbeitslosigkeit Abstand zu nehmen.

Soziale Verhältnisse in Palästina

Bekanntlich hat die „Zionistische Bewegung“ seit der Beendigung des Weltkrieges eine sehr starke Einwanderung und Ansiedlung von Angehörigen des jüdischen Glaubens in Palästina zur Folge gehabt. Ganz besonders haben durch die Auswirkung dieser Bewegung die proletarischen Schichten des Landes einen Zuwachs an jüdischen Arbeitern erfahren, wie man es vor zehn Jahren kaum erwartet hätte. Nach einer Zählung der jüdischen Arbeiter, die im März 1930 durchgeführt wurde, konnte ermittelt werden, daß die Zahl der jüdischen Lohnarbeiter einschließlich ihrer Familienmitglieder etwas über 50 000 ausmachte. Andere Zählungen, die ohne Familienangehörige durchgeführt wurden, ergeben, daß sich im Jahre 1919, also mit dem Einsetzen der Einwanderungsbewegung, erst 4782 jüdische Lohnarbeiter im Lande befanden, während diese Zahl im Jahre 1929 sogar auf 26 349 angestiegen war.

Diese Erscheinung mußte selbstverständlich auch auf die sozialen Verhältnisse Palästinas, die Arbeitsbedingungen, die Wohnungsfrage, die Arbeiterbewegung und die sonstigen öffentlichen Einrichtungen umgestaltend wirken.

Vor allem kümmert uns hier die Organisation der jüdischen Arbeiterschaft, von der ja wie in allen Ländern das Wohl und Wehe des Lohnarbeiters stark beeinflußt wird. Erfreulicherweise hat der eingewanderte jüdische Arbeiter den Weg zu seiner Berufsorganisation verhältnismäßig schnell gefunden. Nach der oben erwähnten Zählung sind rund 59 vH aller Gezählten in ihren Berufsverbänden organisiert, davon gehören 58,8 vH der allgemeinen Arbeiterorganisation an, die in Palästina im Ausbau der Sozialgesetzgebung des Landes die Führung hat. An sich hat gerade die Masseneinwanderung jüdischer Proletarier in Palästina erst zum Aufbau

einer modernen Arbeiterbewegung im Lande geführt, deren Mitgliederzahl im Verlauf von zehn Jahren von 3500 auf 26 000 Köpfe stieg und die heute bereits ein weitverzweigtes Netz von Gewerkschaften, Arbeiterräten, Siedlungen und sonstigen kulturellen Einrichtungen unterhält. Gleichzeitig sind auch die ersten Anfänge einer gemeinsamen Organisation mit den arabischen Arbeitern geschaffen worden, was bei dem großen kulturellen und sozialen Unterschied der beiden Rassen sehr wichtig ist, wenn eine gemeinsame Linie der Arbeiterschutzesetzgebung für beide Teile gefunden werden soll.

Der Kampf in Palästina für die rasche Verwirklichung einer modernen Sozialgesetzgebung ist keineswegs leicht. Die Regierung selbst tritt nämlich bei der Vergabe von Arbeiten stets in den Wettbewerb mit den schlimmsten Ausbeutern im Lande, so daß die Löhne bei Regierungsarbeiten häufig unter dem Daseinsmindestsatz liegen und für den privaten Unternehmer zum Anlaß werden, die Arbeitsbedingungen nach dem Muster der Regierung zu verschlechtern. Daß eine Regierung, die bei ihren eigenen Arbeiten eine unbegrenzte Ausdehnung der Arbeitszeit, eine rücksichtslose Verwendung von Frauen- und Kinderarbeit usw. betreibt, nur sehr schwer zu bestimmen ist, durch soziale Gesetzgebung die allgemeine Lage der Arbeiterschaft zu heben, leuchtet ohne weiteres ein. Die jüdisch organisierte Arbeiterschaft Palästinas mußte daher kraftvoll den Weg des Kampfes beschreiten, wenn sie auf diesem Gebiete etwas erreichen wollte.

In erster Linie wurden der Regierung im Jahre 1924 Vorschläge für ein Unfallversicherungsgesetz, für ein Frauen- und Kinderschutzgesetz und für eine gesetzliche

